Brandenburg
ist erneuerbar.

# HALLO ZUKUNFT. TSCHÜSS STILLSTAND.

**Unsere 51 Projekte zur Landtagswahl**

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BRANDENBURG

# BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Unsere 51 Projekte zur Landtagswahl

**IMPRESSUM:**

verantwortlich für den Inhalt:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Brandenburg, Jägerstraße 18, 14467 Potsdam

Tel.: 0331 97931-0 · info@gruene-brandenburg.de · www.gruene-brandenburg.de

Folgen Sie uns:
www.facebook.com/gruenebrandenburg
www.twitter.com/GrueneBBG
www.instagram.com/GrueneBBG

V. i. S. d. P.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg, Martin Kündiger, Jägerstraße 18, 14467 Potsdam

Fotos: GettyImages
iStock
Unsplash

**Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit Biofarben und Ökostrom**

# INHALT


S. 6 PRÄAMBEL

S. 10 1. ÖKOLOGISCH
IM ZENTRUM UNSERER POLITIK: NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
Projekt: Nachhaltige Entwicklung ins Zentrum der Politik stellen

S. 13 1.1 WEIL GUTES KORN NICHT VOM HIMMEL FÄLLT: LANDWIRTSCHAFT
Projekt: Massentierhaltung stoppen: Tiere schützen
Projekt: Grünes Klima für Jungbäuer*innen und Hofnachfolge
Projekt: Vielfalt auf dem Acker: Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik

S. 17 1.2 NATÜRLICH REGIONAL: ERNÄHRUNG UND VERBRAUCHERSCHUTZ
Projekt: Mehr ökologische und regionale Lebensmittel auf unseren Tellern!
Projekt: Schluss mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll

S. 20 1.3 SCHÜTZEN, WAS UNS AM LEBEN HÄLT: UMWELT- UND NATURSCHUTZ
Projekt: Unser Countdown für mehr Naturschutz
Projekt: Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit machen
Projekt: Für natürliche Flüsse und eine klare Spree

S. 24 1.4 DEZENTRAL, UMWELTVERTRÄGLICH UND BETEILIGEND: AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN
Projekt: Grüne Energie: Brandenburg wird erneuerbar

S. 26 1.5 AUS ALT MACH NEU: KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL
Projekt: Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

S. 28 1.6 ZIELE SETZEN UND ERREICHEN: MOBILITÄT
Projekt: Trendwende für die Öffis
Projekt: Drahteseln Futter und Fläche geben: Freie Bahn für den Radverkehr
Projekt: BER – Flugverkehr begrenzen, Vorrang für Lärmschutz

S. 31 1.7 GRÜNE GRÜNDER*INNENZEIT: SOZIAL-ÖKOLOGISCH WIRTSCHAFTEN
Projekt: Es kann so einfach sein: Sanften und naturnahen Tourismus ausbauen!
Projekt: Raum für Ideen: Innovationszentren und Sharing-Werkstätten

S. 34 1.8 LEBENSWERT UND BEZAHLBAR: LANDESPLANUNG UND WOHNUNGSBAU
Projekt: Baukultur für lebenswerte Dörfer und Städte in Brandenburg
Projekt: Attraktiv und nachhaltig planen und bauen
Projekt: Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – sozial, gerecht und zukunftssicherer

S. 38 2. SOZIAL
GEMEINSAM UND GERECHT – FÜR EIN SOLIDARISCHES BRANDENBURG

S. 39 2.1 AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN: KINDER, JUGEND UND FAMILIE
Projekt: Ein guter Start ins Leben: Hebammenversorgung und „Frühe Hilfen“ ausbauen
Projekt: Familien stark machen – Bildungskarte gegen Kinderarmut
Projekt: Gute Kitas beitragsfrei

S. 42 2.2 BILDUNG FÜRS LEBEN: SCHULE UND AUSBILDUNG
Projekt: Wir machen Kinder fit fürs digitale Zeitalter
Projekt: Neue Lehrer*innen braucht das Land!
Projekt: Guter Ganztag landesweit!
Projekt: Mehr Kreativität und Handwerk in die Schulen
Projekt: Bau von Kitas und Schulen: Räume zum Leben und Lernen schaffen

S. 46 2.3 IDEENSCHMIEDE UND ZUKUNFTSLABOR: WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULE
Projekt: Raus aus dem Prekariat: Von der Wissenschaft leben können

S. 48 2.4 CHANCEN FÜR ALLE: FAIRE ARBEIT
Projekt: Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

S. 50 2.5 GUT UND GESUND LEBEN: GESUNDHEIT
Projekt: Medizinische Versorgung modern denken

S. 52 2.6 **WÜRDEVOLL ALT WERDEN: PFLEGE**
Projekt: Gute Pflege im Wohnumfeld

S. 54 2.7 **WILLKOMMEN BEI UNS: INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN**
Projekt: Integration voranbringen: Mehr Ressourcen für die Kommunen

S. 56 2.8 **DAS, WAS DAS LEBEN BEREICHERT: KULTUR**
Projekt: Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg
Projekt: Von Anfang an und lebenslang – kulturelle Bildung für alle

S. 59 2.9 **GEMEINSAM FIT BLEIBEN: SPORT**

S. 60 **3. WELTOFFEN**
**INNOVATIV, MODERN UND VIELFÄLTIG – FÜR EIN WELTOFFENES BRANDENBURG**

S. 61 3.1 **SEHNSUCHT UND ZUKUNFT: LÄNDLICHE RÄUME**
Projekt: Unsere Dörfer bewahren: Bahnhöfe und ortsbildprägende Gebäude vor dem Verfall retten
Projekt: Es lebe das Dorf!

S. 64 3.2 **ES KÖNNTE SO EINFACH SEIN: DIGITALISIERUNG**
Projekt: Breitbandausbau im ganzen Land voranbringen

S. 66 3.3 **KEIN WIDERSPRUCH: FREIHEIT UND SICHERHEIT**
Projekt: Bürgernahe Polizei mit mehr Personal und guter Ausstattung

S. 68 3.4 **ALLE FÜR EINE, EINE FÜR ALLE: DEMOKRATIE**
Projekt: Direkte Demokratie und Mitbestimmung stärken
Projekt: Transparenzgesetz einführen, Informationen zugänglich machen

S. 70 3.5 **BUNT STATT GRAULAND: KONSEQUENT GEGEN RECHTS**
Projekt: Herz statt Hetze – Demokratie und weltoffene Gesellschaft stärken

S. 72 3.6 **MODERN, EFFIZIENT, BÜRGER*INNENNAH: VERWALTUNG, FINANZEN, KOMMUNALES**
Projekt: Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit
Projekt: Nachhaltige Finanzen für das Land und die Kommunen

S. 75 3.7 **FRAUEN AN DIE SPITZE: GLEICHSTELLUNG**
Projekt: Die Hälfte der Macht den Frauen – Parität in Parlamenten und in Führungspositionen
Projekt: Zuflucht vor und Hilfe gegen Gewalt für Frauen und Kinder

S. 78 3.8 **VIELFÄLTIG UND FREI LEBEN: SELBSTBESTIMMUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG**
Projekt: Diskriminierung beenden, homo- und trans*phobe Gewalt bekämpfen
Projekt: Inklusive Gesellschaft – Teilhabe für alle!
Projekt: Neue Wege in der Sucht- und Drogenpolitik – Cannabis legalisieren

S. 81 3.9 **VEREINT UND SOLIDARISCH: PRO-EUROPA**
Projekt: Europa vor Ort erfahrbar machen

S. 82 3.10 **GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN: FÜR EINE FAIRE UND FRIEDLICHE WELT**
Projekt: Marktmacht der öffentlichen Hand nutzen
Projekt: Brandenburgs Beitrag zu Frieden und Entwicklung

# Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

**am 1. September 2019 ist Landtagswahl. Diese Wahl wird richtungsentscheidend für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung in Brandenburg. Denn wir stehen vor großen Herausforderungen. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie über den weiteren politischen Kurs in unserem Land.**

## Weil wir hier leben!

Alle Menschen, die hier aufwachsen und leben, wohnen und arbeiten, brauchen Perspektiven für ein gutes Leben – jetzt, morgen und auch übermorgen. So unterschiedlich und vielfältig wie die Menschen hier, so unterschiedlich und vielfältig ist unser Land. Die urbanen Ballungsräume rund um Berlin gehören ebenso dazu wie die historischen Städte und Dörfer in den ländlichen Regionen. Brandenburg ist reich an schöner Natur, Naturparks, Wäldern, Seen und Gewässern. Diesen Schatz wollen wir schützen und für zukünftige Generationen bewahren. Wir stehen für ein lebendiges Land, in dem ein Klima des Respekts und der Toleranz herrscht, in dem unsere Kinder gesund aufwachsen und ältere Menschen so lange wie möglich im häuslichen Umfeld bleiben können, in dem Neuzugezogene willkommen sind und in dem auch Sie als Bürger*in mitgestalten können. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten entscheiden sich auch hier, vor Ort. Gemeinsam haben wir es in der Hand, unser Land ökologischer, sozialer und weltoffener zu machen, mit mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz, guten Verbindungen mit Bus, Bahn und Rad, starken Familien, gut ausgestatteten Kitas und Schulen und vielfältigen Angeboten für die ältere Generation. Wir wollen Brandenburg erneuern. Denn es liegt uns am Herzen. Weil wir hier leben!



## Mit 51 Projekten unser Land ökologischer, sozialer und weltoffener machen!

Die Menschen und die nachhaltige Entwicklung stellen wir ins Zentrum unserer Politik. Wir packen den Kohleausstieg und den sozialverträglichen Strukturwandel in der Lausitz endlich an und fördern den umweltverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir machen Schluss mit der industriellen Massentierhaltung und dem Gift auf unseren Äckern und bringen mehr ökologische Lebensmittel auf unsere Teller. Wir sorgen für mehr Naturschutz und eine klare Spree und kämpfen gegen überflüssigen Plaste- und Verpackungsmüll. Wir leiten eine Trendwende für den öffentlichen Nahverkehr ein und schaffen freie Bahn für den Radverkehr. Wir kümmern uns um bezahlbaren Wohnraum und um lebendige Dörfer und Städte. Wir bauen das Breitband und Mobilfunknetz im ganzen Land aus. Wir kämpfen gegen Kinderarmut und stärken die Fachkräfte in den sozialen Berufen. Wir bringen die Integration von Geflüchteten voran und verteidigen unsere Demokratie gegen rechts. Wir bringen Frauen an die Spitze statt zurück an den Herd. Wir denken pro-europäisch und machen Europa vor Ort erfahrbar.

## Kein Aufbruch ohne Grün!

Seit 1990 regiert die SPD dieses Land. Nach der friedlichen Revolution haben wir gemeinsam in der ersten Landesregierung Aufbruch verbreitet, die damals modernste Verfassung Deutschlands in Kraft gesetzt und viele Grundlagen gelegt, auf denen Brandenburg in den Folgejahren aufbauen konnte. Heute versprüht die SPD alles andere als Aufbruch. Es fehlen Visionen und Mut, die ökologischen und sozialen Herausforderungen zu meistern, die vernachlässigten ländlichen Räume gezielt in den Blick zu nehmen und Brandenburg zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu machen.

Wir Bündnisgrüne stehen für einen erneuten Aufbruch für Brandenburg. Anders als die SPD wollen wir ein sozial- und klimaverträgliches Ende der Braunkohle herbeiführen und die Industrialisierung von Landwirtschaft und Tierhaltung zurückdrängen. Anders als DIE LINKE wollen wir ökologische und soziale Politik zusammendenken. Anders als die CDU wollen wir Freiheits-, Bürger-, und Grundrechte schützen und schließen eine Zusammenarbeit mit der AfD eindeutig aus. Gleichzeitig war unsere freiheitliche Demokratie seit 1990 noch nie so gefährdet wie heute. Insbesondere Rechtspopulisten und Rechtsextreme bedrohen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft,

attackieren unsere liberalen Grundwerte und verbreiten Hass und Hetze im Netz und auf der Straße. Für uns sind die Würde des Menschen, Demokratie, Respekt und Toleranz die Grundlagen eines guten Miteinanders aller Menschen, die hier leben. Wir als Bündnisgrüne laufen dem Rechtsruck nicht hinterher, wir wollen ihn zurückdrängen und in die Schranken weisen.

## Opposition geht auch konstruktiv. Auch als kleine Fraktion kann man Großes erreichen.

Das beweisen wir als kleinste Oppositionsfraktion seit unserem Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag im Herbst 2009 mit unserer konstruktiven Oppositionsarbeit jeden Tag aufs Neue. So gelang es unserer bündnisgrünen Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder, grüne Themen auf die Tagesordnung im Landtag zu setzen, um für unsere Inhalte Mehrheiten zu erringen. Denn Inhalte kommen bei uns an erster Stelle. Je nach Projekt haben wir deshalb die Zusammenarbeit mit SPD und DIE LINKE wie auch mit der CDU gesucht und immer wieder gefunden. So konnten wir u.a. die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung verankern, über ein Paritätsgesetz die Repräsentanz von Frauen im Landtag verbessern, einen Tierschutzplan, erste Ansätze eines Bahnhofssanierungsprogramms und die Enquetekommission für die ländlichen Räume etablieren.

## Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen für unser Land.

Das bisherige Parteiensystem ist im Umbruch. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch in Brandenburg nach dem 1. September 2019 keine Zwei-Parteien-Regierungskoalition mehr möglich sein wird. Wir haben Mut zur Veränderung, neue Ideen und eine klare Haltung. Wir stehen für einen eigenständigen bündnisgrünen Kurs. Uns geht es um einen entscheidenden Richtungswechsel in der Umwelt- und Klima-, in der Landwirtschafts- und in der Verkehrspolitik. Uns geht es um mehr soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir wollen eine Politik nah an den Bürger*innen, die zuhört, ihre Sorgen ernst nimmt und nicht von oben durchregiert. Das alles zusammen ist nur mit uns zu haben. Dafür treten wir ein! Brandenburg erneuern, ökologischer, sozialer und weltoffener machen – das ist unser Anspruch an eine Regierungsbeteiligung. Dass es einen Unterschied macht,



ob wir in der Landesregierung sind, zeigen wir tagtäglich in vielen Bundesländern, wo Grüne in verschiedenen Regierungskonstellationen erfolgreich mitgestalten.

## Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Mit einer starken Wahlbeteiligung machen wir deutlich, dass wir unsere Demokratie schätzen und ihre Werte verteidigen. Wir haben es gemeinsam in der Hand, wie wir unsere Zukunft gestalten. Politik ist nicht machtlos. Politik kann Dinge verändern. Mit Ihrer Stimme bei der Landtagswahl entscheiden Sie darüber, wie Brandenburg zukünftig aussehen wird. Wenn sie mehr Grün für Brandenburg wollen, dann wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Je stärker wir werden, desto ökologischer, sozialer und weltoffener wird Brandenburg.

**Deshalb bitten wir Sie bei der Wahl am 1. September um Ihre Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

# 1. ÖKOLOGISCH

## IM ZENTRUM UNSERER POLITIK: NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Braunkohleförderung und -verstromung, industrialisierte Landwirtschaft und Massentierhaltung, Individualverkehr und stetig steigender Flugverkehr mit fossilen Treibstoffen, Plaste ohne Ende: Wir verbrauchen Ressourcen und belasten unsere Umwelt, als ob es kein Morgen gäbe. Klimakrise, Verlust der Artenvielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sind Folgen und zugleich zentrale Herausforderungen an jegliche Politik, gleichermaßen weltweit wie in Brandenburg.

**Die Alternative heißt nachhaltige Entwicklung, heißt Wirtschaften im Einklang mit der Natur, Denken und Handeln in Kreisläufen und bedeutet auch, die soziale Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit als unabdingbare Voraussetzung unseres Wohlstandes anzuerkennen. Ökonomie, Ökologie und Soziales bedingen einander.**

Ökologisches Fehlverhalten ist gleichzeitig ökonomisches und soziales Fehlverhalten. Denn die Schäden, die durch das herkömmliche Wirtschaften an unseren Lebensgrundlagen verursacht werden, werfen Kosten auf, die früher oder später beglichen werden müssen und dies oft zuerst durch die wirtschaftlich Schwachen. Deshalb wollen wir Nachhaltigkeit als ein konkret formuliertes Ziel für Generationengerechtigkeit in der Landesverfassung verankern.

Wir werden die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden machen und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von Rot-Rot abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat setzen wir wieder ein und machen ihn zum zentralen Beratungsorgan. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien möchten wir auf Staatssekretärsebene in der Staatskanzlei verankern. Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen.

Wir wollen weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP. Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: mit einem regionalen Wohlstandsindex für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt. Alle Teilstrategien, wie z. B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Mit uns wird Brandenburg zum Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung unter den Bundesländern.

**Projekt:**

## NACHHALTIGE ENTWICKLUNG INS ZENTRUM DER POLITIK STELLEN

Wir wollen die nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Behörden verankern und dazu die Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und als Richtschnur vorgeben. Den von der rot-roten Landesregierung abgeschafften Nachhaltigkeitsbeirat wollen wir wieder einsetzen und ihn als zentrales Beratungsorgan etablieren. Die Koordination der Nachhaltigkeitspolitik in den Ministerien möchten wir auf Staatssekretärsebene in der Staatskanzlei verankern.

Den Erfolg wollen wir regelmäßig überprüfen. Dabei wollen wir weg von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist.

Das BIP erzeugt ein Trugbild. Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das sorgt für Wachstum und erhöht das BIP.

**Wir wollen Wohlstand anhand der Nachhaltigkeitsziele neu definieren: mit einem regionalen Wohlstandsindex für Brandenburg, der sich an den Überprüfungsmechanismus der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anlehnt und auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt, den Umfang von ehrenamtlicher Tätigkeit, die Mobilitätsrate und soziale Aspekte berücksichtigt.**

Alle Teilstrategien, wie z.B. der Klimaplan oder die Energiestrategie, dürfen sich dann weder gegenseitig noch der Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Für eine integrierte Landesplanung wollen wir den Landesentwicklungsplan (LEP) mit den bisher ausgelagerten Plänen zur Braunkohle und zum Flughafen BER sowie mit der Mobilitätsstrategie enger verzahnen.

# 1.1 WEIL GUTES KORN NICHT VOM HIMMEL FÄLLT: LANDWIRTSCHAFT

Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für Landwirt*innen hervorbringt, unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit Tieren umgeht. Seit Jahren verläuft der Ausbau des Ökolandbaus nur schleppend, obwohl die Nachfrage das Angebot bei Weitem übersteigt. In den nächsten fünf Jahren wollen wir den Ökolandbau-Anteil auf 25 Prozent steigern, ein Regionallabel „Bio aus Brandenburg“ entwickeln und mehr Bio-Regional in öffentliche Kantinen, Kitas, Schulen und Krankenhäuser bringen. Mittelfristig setzen wir auf eine ökologische Landwirtschaft für ganz Brandenburg. Denn chemisch-synthetische Pestizide und Kunstdünger führen zu Monokulturen und Überdüngung. Diese zählen zu den Hauptursachen für das Artensterben. Bienen und andere Insekten finden kaum noch Lebensräume und Nahrung. Dabei sind Bienen für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung unverzichtbar. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Pestiziden deutlich reduzieren und Alternativen aufbauen. Erster Schritt: ein Verbot von Glyphosat auf Landesflächen. Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Den weiteren Ausbau der Massentierhaltung mit ihren vielfältigen Problemen beim Tierschutz, dem Antibiotikaeinsatz, den

## 1.1 LANDWIRTSCHAFT
# ÖKOLOGISCH

Umweltbelastungen, Futtermittelimporten etc. wollen wir stoppen und sie letztlich überwinden. Statt immer mehr nachsorgender Dürrehilfen wollen wir ein vorsorgendes Klimafitnessprogramm mit Maßnahmen zum Humusaufbau, Wasserrückhalt und -regulierung oder Heckenpflanzungen für die Brandenburger Landwirtschaft. Gentechnik hat dagegen nichts auf unseren Äckern verloren.

### Projekt:
## MASSENTIERHALTUNG STOPPEN: TIERE SCHÜTZEN

**Wir wollen ein absehbares Ende der Massentierhaltung und wollen dafür den Tierschutzplan, der aus dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung entstanden ist, als ersten Schritt engagiert umsetzen.**

Wir drängen auf einen schnellen Ausstieg aus der Kastenstandshaltung für Sauen und der Praxis des Kupierens von Schwänzen bei Ferkeln. Das Kürzen von Schnäbeln beim Geflügel wollen wir genauso unterbinden wie das Enthornen von Rindern. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung durchsetzen durch die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts, der Brandenburgischen Bauordnung und einer Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung. Wir wollen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen und strengere Kontrollen von Tierhaltungsanlagen durch die Veterinärbehörden durchsetzen. So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur Geltung bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Den Brandschutz wollen wir stärken, sodass die Rettung der Tiere auch in der Praxis möglich ist.

Neben klaren Regelungen für die konventionelle Tierhaltung wollen wir vor allem die Alternativen fördern, insbesondere die Freilandhaltung von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen. Hierzu wollen wir u. a. die Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen.

Nicht alle notwendigen Schritte zur Überwindung der Massentierhaltung können wir auf Landesebene erreichen. Im Bund wollen wir als nächsten Schritt eine absolute Tierzahlen-Obergrenze für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des Deutschen Tierschutzbundes orientiert.

Eine flächengebundene Tierhaltung muss zur Regel werden. Nur Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als landwirtschaftlicher Betrieb bekommen.

### Projekt:
## GRÜNES KLIMA FÜR JUNGBÄUER*INNEN UND HOFNACHFOLGE

Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst-und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine Hofübergabe an, bei rund zwei Dritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neugründungen und Hofübergaben zu begleiten. Wir wollen dazu eine „Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft“ entwickeln. Mit der Einrichtung einer „One-Stop-Agentur“ wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen. Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigene Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der Vergaberegeln für BVVG-Flächen zugunsten von Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen einfordern. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz vorlegen, um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen.

### Projekt:
## VIELFALT AUF DEM ACKER: LANDWIRTSCHAFT OHNE GIFT UND GENTECHNIK

Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den Hauptursachen für das Artensterben.

**Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an.**

## ÖKOLOGISCH

Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren. Dazu wollen wir Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen wollen wir stärken. Angesichts von mehr als 300 Millionen Euro an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems.
Zudem wollen wir die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeiten: Diese soll Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben. Zur Verminderung der Bodenerosion, zur Aufwertung des Landschaftsbildes und zur Vermeidung von Sandstürmen wollen wir erreichen, dass verstärkt Windschutzstreifen und Gehölzstrukturen angelegt werden.

Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere einsetzen.

# 1.2 NATÜRLICH REGIONAL: ERNÄHRUNG UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Was ist drin in den Produkten auf meinem Teller? Ein Brandenburger Regionallabel soll Auskunft darüber geben und den Ökolandbau vorantreiben – so unsere Vision. Wir wollen zudem, dass künftig ein großer Teil des Berliner und Brandenburger Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte gedeckt wird.

**In Kitas, Schulen, Mensen und Krankenhäusern soll der Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln deutlich gesteigert werden.**

Neue Formen der Partnerschaft zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen – wie solidarische Landwirtschaft oder Hofläden – wollen wir fördern. Außerdem planen wir ein Aktionsprogramm gegen Nahrungsmittelverschwendung. Mit der sogenannten Hygieneampel wollen wir die Hygienequalität von Restaurants und Lebensmittelbetrieben verbessern.

Was steht im Kleingedruckten meines Vertrags? Verbraucherzentralen leisten einen wichtigen Beitrag zu Information und Transparenz – deshalb wollen wir alle ihre Standorte sichern und die ihnen derzeit zur Verfügung gestellten achtzig Cent pro Einwohner*in und Jahr auf einen Euro

erhöhen. Dadurch sollen sie auch befähigt werden, die mobile Beratung in den ländlichen Regionen auszubauen und Musterfeststellungsklagen durchzuführen. Ob Internet-Shopping oder Einkauf vor Ort: Wir werden darauf achten, dass die Regeln der EU-Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden, damit Verbraucher*innen gut geschützt sind. Onlinekriminalität muss wirkungsvoll bekämpft werden; die Polizei braucht dazu die entsprechende Fortbildung und Ausstattung.

## Projekt: MEHR ÖKOLOGISCHE UND REGIONALE LEBENSMITTEL AUF UNSEREN TELLERN!

Immer mehr Menschen legen Wert auf eine gesunde und nachhaltige Ernährung. In Berlin übersteigt die große Nachfrage nach regionalen Bio-Produkten derzeit das Angebot, vor allem bei Obst und Gemüse. Wir wollen den Ökolandbau fördern, indem wir ein landeseigenes Regionallabel mit hohen Qualitätsstandards etablieren. Wir wollen, dass der Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes auf die Unterstützung kleinerer Betriebe und Nischenmärkte gelegt wird. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der Lebensmittelproduktion neu. Wir fördern Unternehmen, die neben Nachhaltigkeit auch auf gute Arbeitsbedingungen Wert legen. Denn so entstehen gute Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Standortfaktor und wir tun gleichzeitig etwas für den Klimaschutz. Wir wollen in öffentlichen Kantinen, Kitas und Schulen, Krankenhäusern und Seniorenresidenzen konsequent regionale Produkte und auch mehr Bio auf den Teller bringen. Um das Kita- und Schulessen zu verbessern, wollen wir die Einrichtung von Kita- und Schulküchen fördern und die Vernetzungsstelle Schulverpflegung personell aufstocken.



## Projekt: SCHLUSS MIT ÜBERFLÜSSIGEM PLASTE- UND VERPACKUNGSMÜLL

Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen.

**Wir wollen einen Aktionsplan gegen Plastemüll ins Leben rufen.**

Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den Kaffeebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen.

Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z.B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung alternativer Modelle wie Repair-Cafés, kommunale Gebrauchtwarenläden oder Unverpackt-Läden. Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen Euro unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

# 1.3 SCHÜTZEN, WAS UNS AM LEBEN HÄLT: UMWELT- UND NATURSCHUTZ

In den frühen 1990ern war Brandenburg bundesweit beachtetes Vorbild in Sachen Natur- und Umweltschutz. Diese Vorbildrolle wollen wir wieder einnehmen!
Den Personalabbau im Naturschutz unter Rot-Rot wollen wir rückgängig machen, Schutzgebiete und Umweltschutz deutlich stärken. Brandenburg soll auch weiterhin Heimat seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sein. Das können wir erreichen, indem das Maßnahmenprogramm „Biologische Vielfalt" zu einer echten Strategie ausgebaut wird. In Zeiten der Klimakrise müssen wir unsere Wälder umbauen und unseren Umgang mit Wasser anpassen. Wir wollen weg von monotonen Kiefernwäldern, die sich als immer anfälliger gegenüber Waldbränden, Sturmschäden und Schadinsekten erweisen, hin zu artenreichen Mischwäldern, die die Neubildung von unbelastetem Grundwasser ermöglichen, die biologische Vielfalt erhöhen und den Wald als Naherholungsort attraktiver machen. Alleen wollen wir bewahren und gefällte Bäume neu pflanzen lassen. Unsere Gewässer wollen wir vor Nitrat-, Sulfat- und anderen Belastungen schützen und sie in einen guten ökologischen Zustand bringen. Als besonders moorreiches Bundesland wollen wir das Moorschutzprogramm zu einer fundierten Moorschutzstrategie weiterentwickeln, um diese wichtigen Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher zu bewahren.



Der „Müllmafia" zeigen wir die rote Karte: Weit über 100 illegale Mülllager sind in Brandenburg bekannt, Gefährdungslage meist unbekannt. Wir fordern detaillierte Untersuchungen aller illegalen Lager, um anhand einer Gefahrenabschätzung Beräumungen priorisieren zu können.

## Projekt: UNSER COUNTDOWN FÜR MEHR NATURSCHUTZ

Wir wollen Lebensraumverluste und den Schwund der Artenvielfalt, wie das Insektensterben, stoppen. Der industrialisierten konventionellen Landwirtschaft, der Zerschneidung von Natur und Landschaft durch immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, der Aushöhlung der Naturschutzgesetze, der Vernachlässigung von Schutzgebieten, dem Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu Lasten der Allgemeinheit, dem Rückbau des Naturschutzes unter der rot-roten Landesregierung setzen wir dafür unser bündnisgrünes Konzept entgegen: In den nächsten fünf Jahren wollen wir den Personalabbau der letzten zehn Jahre im Naturschutz rückgängig machen. Die Naturschutzstationen und Großschutzgebietsverwaltungen wollen wir wieder arbeitsfähig machen und ausbauen. Den Flächenschutz wollen wir ausweiten und vorantreiben. Den ehrenamtliche Naturschutz wollen wir wieder stärken und das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wiederherstellen.

**Unsere Ziele:**

- **100 %** des Landeswaldes lassen wir nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren.
- **25 %** der Landwirtschaftsfläche machen wir durch Ökolandbau pestizidfrei.
- **10 %** der Landesfläche erklären wir zum landesweiten Biotopverbund.
- **2 %** der Landesfläche machen wir als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei.
- **1 %** der Waldflächen weisen wir rechtssicher als Naturwaldzellen aus und reservieren sie für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel).
- **0 %** erlauben wir Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft.

## Projekt:
## GROSSSCHUTZGEBIETE ZU MODELLREGIONEN DER NACHHALTIGKEIT MACHEN

Unser Ziel ist, Biosphärenreservate und Naturparks bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele modellhaft zusammenführen, indem wir den Naturtourismus, die ökologische Landwirtschaft, die Hotspots der biologischen Vielfalt, regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sowie regionale Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften stärken. Dadurch werden sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessert. Dazu ist eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz notwendig. Die Zuwendungen an die Stiftung NaturSchutzFonds Brandenburg wollen wir so erhöhen, dass die Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität der jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete wollen wir wieder in einer organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich Umwelt/Landwirtschaft zusammenführen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programme zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus. Das Vorhaben, die Naturparks Niederlausitzer Heidelandschaft und Niederlausitzer Landrücken zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln, unterstützen wir weiterhin.

## Projekt:
## FÜR NATÜRLICHE FLÜSSE UND EINE KLARE SPREE

**Wir wollen unsere Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden Hochwasserschutz betreiben. Dafür wollen wir den Flüssen ausreichend Raum geben.**

Überschwemmungsgebiete wollen wir nicht weiter für Acker- und Siedlungsbau zur Verfügung stellen, stattdessen wollen wir dort extensive Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir wieder reaktivieren und an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise wollen wir der Elbe, der Schwarzen Elster und der Havel langfristig ihre natürlichen Formen zurückgeben. Einen Ausbau von Oder oder Elbe lehnen wir ab. Damit wollen wir auch den zunehmenden Extremwetterereignissen durch die Klimaerhitzung begegnen: Bei Hochwasser gibt es mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird der Abfluss verlangsamt.

Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, wollen wir einen Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vorlegen. Für die Braunkohletagebaue wollen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat einführen. Die Vorsperre Bühlow und die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das Weiterfließen des Eisenockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen stehenden Gewässern lehnen wir ab und streben eine Deponierung oder eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens an.

# 1.4 DEZENTRAL, UMWELTVERTRÄGLICH UND BETEILIGEND: AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

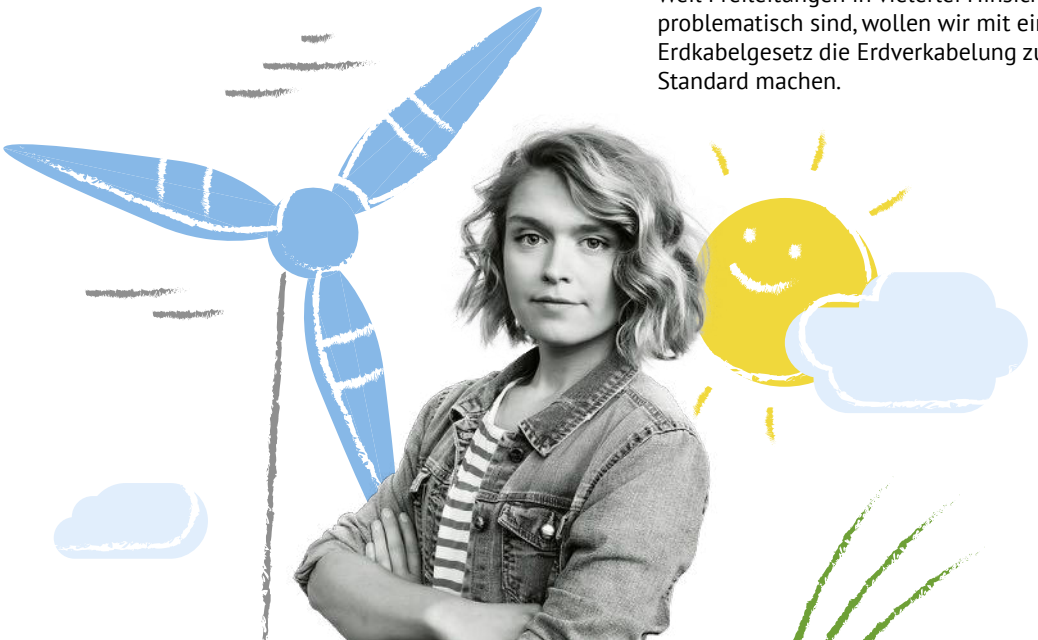
Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf natürliche und saubere Energien. Diese bringen viele Vorteile: neben geringerer Umweltbelastung auch eine höhere regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland. Heute können in Brandenburg über 80 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt werden. Aktuell exportiert Brandenburg allerdings mehr als die Hälfte des hier erzeugten Stroms. Statt Strom zu exportieren, wollen wir den schrittweisen Kohleausstieg entschlossen fortsetzen, um die hohen Treibhausgasemissionen aus der Braunkohleverstromung deutlich zu reduzieren.

Wir werden uns weiterhin für einen Kohleausstieg deutlich vor 2038 einsetzen. Vor allem Wind- und Solarenergie wollen wir in Brandenburg umweltverträglich, dezentral und beteiligend ausbauen. Windenergie soll künftig auf zwei Prozent der Landesfläche gewonnen werden, die bisherige Photovoltaikleistung wollen wir verdoppeln. Erneuerbare Energie aus Brandenburg muss aus unserer Sicht einen immer größeren Beitrag bei der Versorgung mit Wärme – wie der Beheizung von Gebäuden – und Mobilität, etwa dem Antrieb von Fahrzeugen, leisten. Die Zukunft der Brandenburger*innen kann und soll 100 Prozent erneuerbar sein! Wir engagieren uns dafür, dass Brandenburg – wie viele andere Bundesländer auch – eine unabhängige Energieagentur bekommt. Außerdem wollen wir den Weg für Bürger*innen und Unternehmen ebnen, die in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung investieren.

## Projekt: GRÜNE ENERGIE: BRANDENBURG WIRD ERNEUERBAR

Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei setzen wir auf den Dreiklang dezentral, umweltverträglich, beteiligend. Bei Biogas sehen wir die Grenze der Umweltverträglichkeit bereits erreicht und wollen einen weiteren Ausbau stoppen. Das Potenzial der Sonnenenergie wird dagegen bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Für geeignete Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden wollen wir eine Dachflächenpotenzialanalyse vorlegen und für Privathaushalte und Vermieter*innen ein Anreizprogramm auflegen. Das bisher kaum genutzte Erdwärmepotenzial wollen wir in der Förder- und Energiepolitik stärker berücksichtigen. Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir nach Thüringer Vorbild eine Servicestelle zur Vergabe und Kontrolle eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ initiieren. Ziel der Servicestelle soll sowohl die umfassende Beratung bei der Realisierung von neuen Windenergieanlagen als auch die Klärung planerischer und finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Kommunen sein.

Die Stromproduktion aus den Erneuerbaren in Brandenburg steigt. Doch aufgrund des Überschusses an Braunkohlestrom entstehen immer häufiger Engpässe im Übertragungsnetz, sodass insbesondere einspeisende Windanlagen gedrosselt werden müssen. Ertüchtigung und teilweiser Ausbau der Hochspannungsleitungen sind erforderlich. Weil Freileitungen in vielerlei Hinsicht problematisch sind, wollen wir mit einem Erdkabelgesetz die Erdverkabelung zum Standard machen.



# 1.5 AUS ALT MACH NEU: KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL

Wir setzen uns für eine ökologische, sichere und preiswerte Energieversorgung in Brandenburg ein. Für dieses Ziel brauchen wir den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung – denn die ist klimapolitisch und wirtschaftlich ein Auslaufmodell. Der Braunkohleabbau hat die Landschaft verwüstet; zunehmend ist auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region gefährdet. Die Kosten für die Rekultivierung steigen unaufhörlich und können vom Betreiber nicht annähernd im nötigen Umfang erbracht werden. Derzeit subventioniert Brandenburg die Braunkohle immer noch, indem das Land weitgehend auf Entgelte für die Entnahme von Grundwasser zur Trockenlegung der Tagebaue verzichtet. Vor allem aber haben die bisherigen Landesregierungen den längst überfälligen Strukturwandel in der Lausitz fahrlässig auf die lange Bank geschoben und echte Lösungen verschleppt. So ist sowohl bei den Tagebaubetroffenen als auch bei den Mitarbeiter*innen der LEAG eine große Verunsicherung entstanden.

**Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan mit neuen Chancen für die Betroffenen!**



Die potenziell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft wollen wir durch vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Denn die vielen qualifizierten und erfahrenen Industriefachkräfte sind eine Stärke der Lausitz. Diese Strukturen dürfen wir nicht aufgeben – nicht nur, um die Wirtschaftskraft der Region zu erhalten, sondern auch, um den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen Umstieg zu ermöglichen.

## Projekt: RAUS AUS DER KOHLE, STRUKTURPOLITIK ANPACKEN

Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus, zudem wollen wir bereits genehmigte Tagebaue verkleinern. Bis dahin müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Milliarden Euro allein für die Lausitz – trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen. Kann oder will sie diese nicht erbringen, sollen die neuen Hauptbetriebspläne nicht genehmigt werden. Analog dem Berlin/Bonn-Gesetz wollen wir gemeinsam mit dem Bund und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz verhandeln, um die Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.

Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis mit Vertreter*innen aus der Region, der Politik und Vertreter*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren.
Wir wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf, übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen sowie die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen eine Lausitz-Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über 15 Jahre verankern.

# 1.6 ZIELE SETZEN UND ERREICHEN: MOBILITÄT

Brandenburg braucht eine Verkehrswende, um die Abhängigkeit vom Auto zu reduzieren. Wir wollen die Zuständigkeit für den Radverkehr bündeln und ihn finanziell besser ausstatten, um das (E-)Fahrrad als Verkehrsmittel endlich ernst zu nehmen. Dazu gehören Radschnellwege, wetter- und diebstahlsichere Abstellanlagen und eine optimale Verknüpfung mit dem Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). Dieser wiederum gehört massiv ausgebaut. Wir wollen die vom Bund bereitgestellten Mittel für den Nahverkehr komplett für die Bestellung von Zügen ausgeben, was bisher nur zu zwei Dritteln erfolgt. Damit wollen wir deutlich mehr Züge in besseren Takten fahren lassen und alle Orte mit einem Bahnhalt anbinden. Mit kreisübergreifend verkehrenden Bussen wollen wir ein Landesliniennetz aufbauen, das stündlich bedient wird und insbesondere als Querverbindung zwischen den Zuglinien fungieren soll. Die Elektromobilität wollen wir ausbauen, indem wir die Bedingungen für E-Fahrräder verbessern, Schienenstrecken elektrifizieren, Straßenbahnen modernisieren und im landeseigenen Fuhrpark die Antriebe umstellen. Auch Testprojekte mit Wasserstoff- und Brennstoffzellenantrieben unterstützen wir.

Noch immer sterben in Brandenburg viel zu viele Menschen bei Verkehrsunfällen: Unser Ziel: gar keine Todesopfer mehr. Dafür sprechen wir uns unter anderem innerorts für Tempo 30 und für Tempo 120 auf Autobahnen aus, wollen im Fuhrpark der Landesverwaltung den Abbiegeassistenten verbindlich einführen und unfallträchtige Alleen sicherer machen.



## Projekt: TRENDWENDE FÜR DIE ÖFFIS

Wir wollen einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit Berlin, damit die Mobilitätspolitik nicht an den Landesgrenzen endet. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel wollen wir stufenweise komplett für den Schienenverkehr einsetzen und damit deutlich mehr Züge bestellen. Wichtige Querverbindungen zwischen den Bahnlinien wollen wir durch ein Netz landesbedeutsamer Buslinien schaffen. Wir wollen Regionalbahnen an allen Bahnhalten halten lassen, während Regionalexpresse die größeren Halte schneller verbinden. Wir wollen die neue Zugart „Metropolexpress“ einführen, die das Umland schnell an das Berliner Zentrum anbindet. Wir wollen auf allen Strecken zwischen 5 und 22 Uhr mindestens einen Einstundentakt an Wochentagen durch Regionalverkehr und landesbedeutsame Busse und eine weitere Verbindung um Mitternacht. Für die S-Bahn in Brandenburg ist der Zehnminutentakt unser Ziel. Infrastrukturengpässe und nötige Erweiterungen wollen wir mit dem Ziel eines integralen Taktfahrplans (Brandenburgtakt bzw. Deutschlandtakt) zügig angehen. Durch die Elektrifizierung der Strecken, technologieoffene eigenelektrische Antriebe der Fahrzeuge sowie die Versorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energien wollen wir die Emissionen des ÖPNV deutlich senken. In den Zügen und den landesbedeutsamen Buslinien wollen wir kostenloses WLAN etablieren. Wir wollen langfristig sehr günstige Monats- und Jahrestickets (365-Euro-Ticket) anbieten sowie Schüler*innen, Studierende und Auszubildende kostenlos fahren lassen. Als ersten Schritt wollen wir ein 365-Euro-Ticket für Schüler*innen und Auszubildende einführen. Die Tarifzonengrenzen wollen wir kritisch überprüfen und mit Regionen der angrenzenden Bundesländer gemeinsame Tarifgebiete entwickeln. Damit wollen wir den VBB erweitern und einem deutschlandweiten Tarifsystem (Deutschlandtarif) näherkommen.

## Projekt: DRAHTESELN FUTTER UND FLÄCHE GEBEN: FREIE BAHN FÜR DEN RADVERKEHR

Für den Klimaschutz und die Lebensqualität ist eine flächendeckende, gute Radinfrastruktur unverzichtbar. Die politische Planung dafür wollen wir im Verkehrsministerium in einem eigenständigen Referat bündeln. Wir wollen, dass das Land jährlich mindestens 20 Euro pro Einwohner*in für den Radverkehr ausgibt. Wir wollen ein Radgesetz auf den Weg bringen, in dem das langfristige Ziel eines Radverkehrsanteils von 25 Prozent am Gesamtverkehr (Modal Split) festgeschrieben wird.

## ÖKOLOGISCH

Dafür sollen zwischen allen Orten mit mehr als 12.000 Einwohner*innen, die weniger als 15 km voneinander entfernt liegen, breitspurige Radschnellwege angelegt werden. Radwege sollen zunehmend unabhängig von Straßen verlaufen. Um die Zuständigkeiten eindeutig zu klären, wollen wir im Brandenburger Straßengesetz die Kategorie „Selbstständiger Radweg" einführen. Zudem sollen Planungshoheit und Baulast von Radwegen vermehrt beim Land liegen. Landkreise und Kommunen sollen die Kosten all ihrer geförderten Baumaßnahmen für den Radverkehr nur zu zehn Prozent selbst tragen. Die übrigen 90 Prozent sollen aus EU- und Landesmitteln finanziert werden.

**Die vom Land Berlin geplanten Radschnellwege sollen vom Land Brandenburg bis in das Berliner Umland verlängert werden.**

Ebenso braucht es einen Radschnellweg, der als Außenring die Berliner Vororte miteinander verbindet. Ein umfassendes Monitoring soll der Verschleppung von Vorhaben vorbeugen. Eine „Lastenradprämie" von 1.000 Euro soll die Anschaffung betrieblich oder gemeinnützig genutzter Lastenräder fördern.

### Projekt:
### BER – FLUGVERKEHR BEGRENZEN, VORRANG FÜR LÄRMSCHUTZ

Wir wollen das Projekt BER bestmöglich zu Ende führen. Der Luftverkehr muss selbst für die Wirtschaftlichkeit sorgen. Es dürfen keine weiteren Steuergelder versenkt werden. Illusorische Ausbaupläne lehnen wir ab, da der Flughafen durch Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung faktisch immer mehr innerstädtisch wird und dies auch aus klimapolitischen Erwägungen inakzeptabel wäre. Das Wachstum des Luftverkehrs in der Hauptstadtregion hat aufgrund massiver Anwerbung von Billig-Airlines bisher immer alle Prognosen übertroffen. Wir wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen, sondern den Flugverkehr auf das nötige Maß begrenzen. Das Projekt Masterplan 2040 lehnen wir ab. Der BER darf im dichtbesiedelten Gebiet nicht für 55 Millionen Passagiere ausgebaut werden, weder mit noch ohne Planfeststellungsverfahren. Bei Kapazitätsengpässen müssen die Start- und Landerechte marktwirtschaftlich versteigert werden. Die Offenhaltung von Tegel ist für uns keine Option. Konkret fordern wir ein generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine endgültige Absage an alle Pläne zu einer dritten Start-und Landebahn. Alle betroffenen Haushalte müssen den Schallschutz gemäß den Schutzzielen des Planfeststellungsbeschlusses erhalten.

## 1.7 GRÜNE GRÜNDER*INNENZEIT: SOZIAL-ÖKOLOGISCH WIRTSCHAFTEN

Grundansatz unserer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren.

**Das bedeutet, Ressourcen sparsam einzusetzen und die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu verteilen und Armut zu bekämpfen.**

Produktion und Dienstleistungen in Brandenburg sollen künftig ökologischer, solidarischer, digitaler, kommunikativer, dezentraler und vernetzter werden. Wir wollen, dass unser Land Vorreiter in Sachen sozial-ökologischer Marktwirtschaft wird. Hauptaugenmerk legen wir dabei auf kleine und mittelständische Unternehmen sowie Gründer*innen. Leider fehlen hierzulande eine professionelle und aktivierende Gründungs- und Innovationsförderung. Um eine größere Kompetenz dafür in der Landesregierung zu verankern, fordern wir einen Innovations- und Start-up-Beirat, angesiedelt beim Wirtschaftsministerium. Die Gründungszentren an unseren Hochschulen wollen wir ausbauen. Weil viele Untersuchungen zeigen, dass Frauen anders gründen, möchten wir Netzwerkstrukturen und Forschung zu Genderaspekten

stärker unterstützen. Schon heute zeichnen wir monatlich landesweit eine „Grüne Gründerin“ für eine innovative, nachhaltige Geschäftsidee aus. Gewinn- und wachstumsorientierte Start-ups, etwa aus Medizintechnik oder Softwareentwicklung, sollen künftig soziale und ökologische Kriterien einhalten müssen, um von der Wirtschaftsförderung zu profitieren. Wir wollen ein Förderprogramm für Coworking-Spaces auflegen, um in zehn Regionen unseres Landes solche Initiativen zu starten.

## Projekt: ES KANN SO EINFACH SEIN: SANFTEN UND NATURNAHEN TOURISMUS AUSBAUEN!

Die Tourismuswirtschaft ist in Brandenburg mit knapp 18.400 Beschäftigten eine umsatzstarke und beschäftigungsintensive Branche. Tagestourist*innen und Urlauber*innen genießen die Schönheit der Landschaft, der Dörfer und Städte, der historischen Schlösser und Gärten. Davon profitieren Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, der Einzelhandel ebenso wie die Anbieter von Freizeitaktivitäten im Bereich Sport, Erholung, Freizeit und Kultur. Wir setzen auf nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus mit vielfältigen Sport-, Gesundheits-, Wellness- und Kulturangeboten. Wir wollen die Attraktivität unseres Landes für den Tourismus weiter stärken, indem wir dafür sorgen, dass unsere Natur erhalten bleibt und die Infrastruktur gestärkt wird. Lebendige Dörfer, gute regionale Nahversorgung, schnelles Internet und nachhaltige Mobilität kommen den Menschen vor Ort sowie dem Tourismus zugute. Fahrradurlaub und Wassertourismus boomen, diese Chancen wollen wir nutzen. Allerdings müssen wir verhindern, dass Hausboote zu Partybooten missbraucht werden, von denen aus die Ruhe anderer Erholungssuchender gestört wird. Ebenso müssen die Schilfgürtel besser geschützt werden.
Die Wasserpolizei muss daher mehr Personal bekommen. Tourist*innen wollen immer häufiger stressfrei ohne Auto anreisen. Deshalb wollen wir die Mobilitätsangebote vor Ort mit ÖPNV und Fahrrad ausweiten. In der Landesplanung wollen wir die Weichen für umweltfreundlichen und naturnahen Tourismus stellen. Die Tourismusverbände und die Tourismusmarketingagentur des Landes (TMB) wollen wir stärken und die sinkenden EU-Mittel hier konzentrieren. Das könnte so einfach sein!

**Indem wir unser touristisches Potenzial besser ausschöpfen, schaffen wir neue Jobs und Einkommensmöglichkeiten und damit Perspektiven auch für junge Leute in den ländlichen Regionen.**



## Projekt: RAUM FÜR IDEEN: INNOVATIONSZENTREN UND SHARING-WERKSTÄTTEN

Wir wollen außeruniversitäre Innovationszentren schaffen, in denen – themen- oder branchenspezifisch – mit geeigneten Moderationsformen an der Sammlung und Konkretisierung spezifischer Lösungsideen gearbeitet wird. Sie können eine inspirierende Gemeinschaft bieten, in denen durch Formate wie Hackathons oder Prototypen-Wochen branchenübergreifende Innovationen sowie Teamfindung stattfinden können. Das Angebot wird durch Weiterbildungsangebote zu Themen der Unternehmensführung wie Innovationsmanagement, Projektmanagement, Finanzplanung abgerundet.

Wir wollen mindestens zwei Innovationszentren, die sich an unterschiedlichen Orten außerhalb des Berliner Umlandes befinden, modellhaft fördern und im Rahmen eines begleitenden Forschungsprojekts evaluieren lassen.

**Zur Unterstützung von jungen oder kleinen Unternehmen wollen wir unter Berücksichtigung der regionalspezifischen Bedarfslagen offene Werkstätten etablieren. In ihnen können Geräte und Technologien genutzt und geteilt werden, die für jedes einzelne Unternehmen alleine zu teuer wären.**

Zur Refinanzierung der Werkstätten schlagen wir Nutzungsgebühren vor, die je nach Größe und Wirtschaftskraft der Nutzer*innen unterschiedlich hoch ausfallen. Für derartige offene Werkstätten wollen wir die Fachhochschulen im Land öffnen. Auch genossenschaftliche oder vereinsartige Trägerstrukturen in Anlehnung an landwirtschaftliche Maschinenringe sind dafür denkbar. Das ist auch eine Frage der Ressourcenschonung, da somit weniger Geräte notwendig und diese besser ausgelastet sind.

# 1.8 LEBENSWERT UND BEZAHLBAR: LANDESPLANUNG UND WOHNUNGSBAU

Wir wollen, dass die Landesplanung eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes ermöglicht, die gemeinsame Entwicklung Brandenburgs und Berlins voranbringt und die Lebensqualität in allen Räumen Brandenburgs fördert. Der aktuelle Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) schreibt die Konzeption des „Stärken stärken" fort und schwächt damit die ländlichen Räume. Wir wollen die Grundlagen schaffen, damit auch der weitere Metropolenraum vom Berliner Wachstum profitieren und der Wohndruck auf das ganze Land verteilt werden kann. Dazu gehört eine Stärkung der Orte im ländlichen Raum, in erster Linie durch eine bessere Anbindung an das Schienennetz.

**Den Ausverkauf öffentlichen Bodens wollen wir stoppen**

und Liegenschaften und Flächen des Landes grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben – und das nach inhaltlichen Kriterien, nicht weiterhin nach Höchstgebot. Beim Flächenverbrauch pro Kopf nimmt Brandenburg bundesweit eine Spitzenposition ein. Diese Flächen gehen der Natur, dem Wald und der Landwirtschaft verloren. Mit einer Strategie zur Rückgabe menschlich genutzter Flächen an die Natur wollen wir neu entstehende Flächenversiegelung komplett ausgleichen. Innovative Wohnformen wollen wir fördern, indem wir die Gründung von Genossenschaften und Baugemeinschaften vorantreiben und inklusives Wohnen und Mehrgenerationenwohnen besonders unterstützen. Mit einem Zweckentfremdungsgesetz wollen wir Leerstandspekulation und Zweckentfremdung von Wohnungen entgegenwirken.

## Projekt: BAUKULTUR FÜR LEBENSWERTE DÖRFER UND STÄDTE IN BRANDENBURG

Demokratie, Teilhabe und Beteiligung sowie Heimat und Identifikation mit einem lebenswerten und schönen Brandenburg hängen in vielfältiger Weise mit der Gestaltung unserer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft zusammen. Hierfür sind überwiegend die Kommunen zuständig. Es gibt in Brandenburg keine Institution, in der diese Themen der Baukultur komplex, inter- und transdisziplinär sowie praxis- und alltagsnah behandelt werden. Die beste Art und Weise, dem Extremismus und dunklem Populismus entgegenzuwirken, ist Bildung und Kommunikation. Hierzu bedarf es nicht nur der Menschen, sondern auch eines Ortes und einer Institution, in der diese Debatten geführt werden und aus der heraus sie vor Ort in das Land gebracht werden. Und dies in einer Art und Weise, die die Menschen mitnimmt und ihnen Lösungen zur Gestaltung ihrer gebauten Umwelt und Kulturlandschaft nicht vorsetzt, sondern anregt, daran mitzuwirken. Wir wollen daher eine Landesstiftung Baukultur befördern, die als privatrechtliche Stiftung der mittelbaren Landesverwaltung die Aufgabe hat, im Dialog mit der Bevölkerung die Gestaltung der Zukunft der gebauten Umwelt und Kulturlandschaft des Landes partizipativ zu diskutieren.

## Projekt: ATTRAKTIV UND NACHHALTIG PLANEN UND BAUEN

Für öffentlich geförderte Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen zukunftssichere Standards gelten. Das betrifft neben energetischen Qualitäten, Schallschutz, Belichtung und Belüftung auch die Verwendung von gesundheitlich unbedenklichen, ressourcenschonenden und nachhaltigen Baumaterialien und -techniken. Wir wollen, dass die Landesförderung bei kommunalen Baumaßnahmen und landeseigenen Bauten die Verwendung von gesundheits- oder umweltbeeinträchtigenden Baustoffen sowie Bauteilen, die überwiegend aus halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen bestehen, definitiv ausschließt. Die Energiehausplus-Bauweise soll im Neubau verpflichtend werden.

Auch fordern wir ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Standort- und Investitionsentscheidungen. Bei der

# ÖKOLOGISCH

Auswahl von Baukonstruktion und Baustoffen sind die Auswirkungen nicht nur für Bau und Nutzung, sondern für den gesamten Lebenszyklus zu betrachten. Weitere Voraussetzung für eine gelingende Planung ist eine an den Bedürfnissen der späteren Nutzung ausgerichtete Aufgabenstellung. Deshalb braucht es Workshopverfahren mit den späteren Nutzer*innen und Vertreter*innen der Bauherr*innen unter Leitung und Moderation beteiligungserfahrener Planer*innen. Das Ergebnis dieses Verfahrens bildet die Grundlage für die haushalterische und inhaltliche Investitionsentscheidung. Gute Planung führt zu geringeren Kosten für Infrastruktur und Instandhaltung, da Gebäude effizienter genutzt und Nachbesserungen eingespart werden.

Wir integrieren alle bestehenden Entwicklungspläne in den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) und sorgen mit einer Entsiegelungsstrategie dafür, dass ab 2025 die neu entstehende Flächenversiegelung komplett ausgeglichen wird.

## Projekt: BEZAHLBAREN WOHNRAUM FÜR ALLE SCHAFFEN – SOZIAL, GERECHT UND ZUKUNFTSSICHER

Steigende Mieten und knapper werdender bezahlbarer Wohnraum belasten nicht nur die Landeshauptstadt und die Gemeinden im Berliner Umland. Menschen mit geringeren Einkommen, Familien, Ältere, Menschen mit Behinderung, Studierende oder Geflüchtete haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen Wohnungen mit bezahlbaren Nettokaltmieten, die an die Bewirtschaftungskosten gekoppelt und sozialorientiert gestaltet sind. Dazu wollen wir das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg und das Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau von Mietwohnungen aufstocken, die Wohnungsbaugesellschaften besser bei der Planung neuer Bauvorhaben unterstützen und, wo nötig, die Gründung neuer kommunaler Wohnungsbaugesellschaften fördern. Kommunen, Land und Bund müssen Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellen, in der Regel auf Erbpachtbasis. Die Vergabe dieser Grundstücke für Wohnungsbauprojekte kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Baugemeinschaften soll in der Regel in qualitätsorientierten Konzeptvergaben erfolgen. Auch die Gründung von Genossenschaften oder Baugemeinschaften wollen wir vorantreiben. Ältere Menschen, die ihre zu groß gewordenen Wohnungen oder Häuser aufgeben, wollen wir beim Umzug in kleinere Wohnungen besonders unterstützen, z.B. durch Umzugshilfen, Tauschportale und erleichterten Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen einen Wohnungstausch ohne Mieterhöhung ermöglichen.

# 2. SOZIAL

## GEMEINSAM UND GERECHT – FÜR EIN SOLIDARISCHES BRANDENBURG

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Längst nicht alle können am Wohlstand unserer Gesellschaft teilhaben, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung für jede und jeden Einzelne*n zu verwirklichen und Armut zu bekämpfen. Deshalb müssen wir in der Sozialpolitik neue Wege gehen.
Rund 13 Prozent aller Brandenburger*innen sind arm oder von Armut bedroht, davon sind Kinder und junge Leute in der Ausbildung überdurchschnittlich betroffen. Armut und Ausgrenzung bedrohen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut sind nur auf Bundesebene umsetzbar, wie z. B. eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente im Alter und ein gerechtes Steuersystem, in dem alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen.

**Wir stehen für ein gerechteres Land mit starken öffentlichen Institutionen, guten Kitas und Schulen, guten Ausbildungs- und Studienangeboten, guten Arbeitsplätzen, guten Kultur- und Sportangeboten, einem guten Gesundheitssystem sowie guter Pflege im Alter. Das ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, und die Grundlage für den sozialen Frieden!**



## 2.1 AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN: KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich, ob das in einer Mutter-Vater-Kind(er)-Konstellation, bei Alleinerziehenden, Patchwork- oder Regenbogenfamilien geschieht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien ein. Alleinerziehende haben wir dabei besonders im Blick. Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und ihre Potenziale frei entfalten zu können. Wir wollen Kinder darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir die Kinderrechtscharta in Brandenburg am besten umsetzen können – mit einer eigenen Anlaufstelle, die Kindern und Jugendlichen mit juristischem Rat zur Seite steht. Dank unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und Jugendbeteiligung verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Damit die Beteiligung auch wirksam ist, wollen wir die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung in den Kommunen von Landesseite aus unterstützen. Dazu planen wir auch eine landesweite Informationskampagne mit Best-Practice-Beispielen, von denen es in Brandenburg viele gibt, ob Kinder- und Jugendparlamente, -foren oder -beiräte. Die Kinder- und Jugendhilfe wollen wir durch bessere Rahmenbedingungen, mehr Geld, qualifiziertes Personal und gute Fortbildungsangebote für Mitarbeiter*innen ausbauen.

## Projekt:
## EIN GUTER START INS LEBEN: HEBAMMEN-VERSORGUNG UND „FRÜHE HILFEN“ AUSBAUEN

Ein guter Start ins Leben ist die Grundlage für das gesunde Aufwachsen eines Kindes, für den Aufbau fester Bindungen und für ein gelingendes Familienleben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass es in Brandenburg auch in Zukunft ein ausreichendes und qualitätsgesichertes Angebot an Leistungen der Geburtshilfe sowie der Vor- und Nachsorge gibt.

**Deshalb wollen wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und Entbindungspfleger erweitern und das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Brandenburger Hochschule einführen.**

Um Hebammen nach ihrer Ausbildung in Brandenburg für eine weitere Tätigkeit in Brandenburg zu begeistern und zu halten, wollen wir Stipendien einführen, wie es sie auch für Medizinstudierende gibt. Jede Frau soll die Möglichkeit haben, ihr Kind selbstbestimmt zur Welt zu bringen, sei es in einer Klinik, in einem Geburtshaus oder zu Hause. Wir wollen die noch bestehenden Geburtsstationen an den Kliniken erhalten und den hebammengeleiteten Kreissaal einführen. Die vier Geburtshäuser und die Gründung von neuen Geburtshäusern wollen wir fördern. Die derzeitige Aus- und Fortbildung von Familienhebammen sowie von Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen für den Einsatz in den „Frühen Hilfen“ wollen wir fortsetzen. Die Angebote der „Frühen Hilfen“ und die „Netzwerke gesunder Kinder“ wollen wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten weiter professionalisieren und ausbauen.

Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung in der Geburtshilfe ein und wollen auf Bundesebene die Frage der Haftpflichtversicherungsprämien so geregelt haben, dass auch in Zukunft Haus- und Geburtshausgeburten stattfinden können.

## Projekt:
## FAMILIEN STARK MACHEN – BILDUNGS-KARTE GEGEN KINDERARMUT

Die Chancen für ein gutes Leben sind ungleich verteilt. 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Brandenburg sind arm oder von Armut bedroht. Armut trifft besonders Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Wir wollen Familien besser fördern und Alleinerziehende gezielt unterstützen, indem wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote wie die „Frühen Hilfen“, Trennungs- und Erziehungsberatung, Elternkurse und Familienzentren ausbauen. Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht viele Familien nicht. Wenn Kinder oder Jugendliche sich das Mittagessen in Kita oder Schule nicht leisten können, im Kino oder bei den Klassenfahrten nicht dabei sein können, dann läuft etwas gründlich schief. Wir wollen, dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer „Bildungskarte“ einen freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten erhalten.

**Besonders die Teilnahme am Mittagessen muss unkompliziert und kostenfrei möglich sein.**

Den Aufbau kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut wollen wir voranbringen. Kinderarmut muss auf Bundesebene endlich wirksam bekämpft werden. Deshalb wollen wir eine Bundesratsinitiative für eine Reform des Bildungs- und Teilhabepakets starten.

Wir streiten für Regelsätze, die Teilhabe wirklich ermöglichen, einen automatisch ausgezahlten Kindergeldbonus, der Familien wirklich erreicht, und eine Kindergrundsicherung. Denn: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein.

## Projekt:
## GUTE KITAS BEITRAGSFREI

Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Kindes, denn hier wird der Grundstein für die sozialen, emotionalen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten gelegt. Kitas sind Bildung und die sollte für Eltern kostenfrei sein. Deshalb wollen wir sowohl in die Weiterentwicklung der Qualität und den Ausbau des Angebots als auch in die Beitragsfreiheit investieren. Die Zeit, die ein*e Erzieher*in für jedes Kind hat, ist immer noch viel zu knapp bemessen und Brandenburg ist nach wie vor Schlusslicht beim Betreuungsschlüssel. Deshalb wollen wir die Gruppengrößen senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut, möglichst schnell auf die empfohlene Relation von 1:3 für unter Dreijährige und 1:7,5 für Drei- bis Sechsjährige verbessern. Wir wollen den Beruf mit guten Arbeitsbedingungen, besserer Entlohnung und interessanten Fortbildungsmöglichkeiten für junge Menschen attraktiver machen, für Männer ebenso wie für Frauen. Die Kita-Finanzierung wollen wir auf neue Füße stellen. Die Ausbildung an den Erzieherfachschulen muss kostenfrei sein. Wie in den dualen Ausbildungsberufen müssen junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten. Das wollen wir in einem Kita-Gesetz neu regeln und individuell an die Bedürfnisse der Kinder (Alter, Betreuungszeiten, Inklusions- und Integrationskinder) anpassen.

# 2.2 BILDUNG FÜRS LEBEN: SCHULE UND AUSBILDUNG

Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Das wollen wir ändern und allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten. Dafür muss deutlich mehr Geld in das Bildungssystem fließen – für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen. Zur Qualität gehört für uns auch, dass Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele Grundschulstandorte erhalten oder schaffen. Bildungsqualität bedeutet auch, dass Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können und niemand frühzeitig ausgeschlossen wird. Dafür brauchen wir mehr Gesamtschulen. Die Oberschule wollen wir stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, an der auch die allgemeine Hochschulreife abgelegt werden kann. Wir unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems, denn inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher -schwach. Berufs- und Studienorientierung muss künftig eine größere Rolle spielen. Die berufliche duale Ausbildung wollen wir stärken. Auch die Erwachsenenbildung steht für uns im Fokus: Mit uns wird die Grundförderung für die Volkshochschulen aufgestockt, der zweite Bildungsweg ausgebaut und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar gemacht.



## Projekt: WIR MACHEN KINDER FIT FÜRS DIGITALE ZEITALTER

Wir wollen Kinder und Jugendliche zu souveränen, aktiven Netzteilnehmer*innen machen. Medienbildung unter fachübergreifenden und fächerverbindenden Aspekten ist Querschnittsaufgabe jeden Unterrichts. Programmieren kann schon spielerisch in der Kita gelernt werden und sollte auch in der Grundschule auf dem Stundenplan stehen. An allen weiterführenden Schulen wollen wir Informatik oder das neue Fach „Digitale Welten“ als Wahlpflichtfach etablieren. Neben technischen Fähigkeiten müssen im Unterricht auch essenzielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds vermittelt werden. Über Chancen, Gefahren und Risiken des Netzes wollen wir Kinder und Jugendliche umfassend aufklären. Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit den Kommunen die technische Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein Breitbandanschluss, WLAN und Medienbeauftragte für alle Schulen. Auf einer landesweiten Plattform wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir werden auch die außerschulische Medienarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen und Kitas fördern. Wir wollen einen „Runden Tisch Medienbildung“ etablieren, um alle beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

## Projekt: NEUE LEHRER*INNEN BRAUCHT DAS LAND!

Der eklatante Mangel an Lehrer*innen ist eines der gravierendsten Probleme, mit dem die Schulen derzeit zu kämpfen haben. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir die Ausbildungskapazitäten an der Universität Potsdam dauerhaft erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und Inklusionspädagogik. Wir wollen auch prüfen, ob an der Universität Cottbus ein Lehramtsstudium, eventuell speziell für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), eingeführt werden kann. Doch dies allein wird nicht reichen. Schon jetzt sind mehr als 25 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte Quereinsteiger*innen, bald wird es jede*r zweite neue Lehrer*in sein. Und sie werden noch viele Jahre benötigt. Sie können eine Bereicherung für die Schule sein. Sie müssen aber während der Einstiegsphase so qualifiziert werden, dass sie fachlich und didaktisch an die von der Kultusministerkonferenz formulierten pädagogischen Standards herangeführt werden. Dazu wollen wir Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote sowie das Beratungs- und Unterstützungssystem ausbauen. Wir wollen möglichst vielen Quereinsteiger*innen einen vollwertigen Lehramtsabschluss ermöglichen. Um auch Lehrkräfte für metropolenferne Regionen zu werben, bedarf es eines engen Zusammenwirkens von Landesregierung, Schulverwaltung, Kommunen und Schulen. Unsere Vorschläge hierzu, wie z.B. Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der Lehramtsausbildung und Stipendien mit Lehrverpflichtung, liegen seit 2011 vor. Wir wollen sie endlich zur Anwendung bringen.

## Projekt: GUTER GANZTAG LANDESWEIT!

Unser Ziel ist die möglichst flächendeckende Erweiterung des Ganztagsangebots für Grund- wie auch weiterführende Schulen. Von einer guten Ganztagsschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages, Phasen intensiven Lernens wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie ein gesundes Mittagessen. Das Konzept der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ wollen wir ausbauen und für die fünften und sechsten Jahrgangsstufen, die nicht mehr im Hort betreut werden („Lückekinder“), um zusätzliche Nachmittagsangebote ergänzen. Wir möchten erreichen, dass sich auch mehr weiterführende Schulen für den Ganztagsbtrieb entscheiden.

Die Ganztagsangebote wollen wir durch das Land verlässlich und auskömmlich finanzieren und qualitativ weiterentwickeln, das beinhaltet auch ein eigenes Budget und die organisatorische und pädagogische Beratung sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen.



## Projekt: MEHR KREATIVITÄT UND HANDWERK IN DIE SCHULEN

Wir wollen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit geben, sich kreativ zu entfalten, eigene Ideen zu entwickeln und handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben. Wir wollen deshalb in unseren Schulen mehr Freiräume für kreative und offene Projekte.

**Dazu soll das Land an allen weiterführenden Schulen Schritt für Schritt offene Werkstätten („FabLabs“) einrichten, um Schüler*innen Räume zur kreativen Entfaltung zu geben.**

Unser Ziel ist es, dass ähnlich wie in Dänemark alle Schüler*innen frühzeitig handwerkliches Geschick und Erfindergeist entwickeln. Sie sollen Vertrauen seitens der Lehrkräfte und der Schulverwaltung bekommen und diese Räume selbstverwaltet organisieren. Die „Fablabs“ bieten außerdem die Möglichkeit, Nachhaltigkeit zu „lernen“. So sollen sie auch Raum für die Reparatur defekter Geräte, Fahrräder oder sonstiger Dinge bieten. Bei künstlerischen Projekten kann der Fokus auf der Wiederverwendung gebrauchter Gegenstände liegen. Für Personal und Ausstattung wollen wir im Landeshaushalt ein eigenes Budget bereitstellen. Ebenso sollen an allen Schulen wieder Schulgärten angelegt werden.

## Projekt: BAU VON KITAS UND SCHULEN: RÄUME ZUM LEBEN UND LERNEN SCHAFFEN

Viele unserer Kitas und Schulen sind baulich in einem schlechten Zustand und müssen dringend saniert werden. Oft ist auch nicht genügend Platz vorhanden; flexible Neubauten mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Die Herausforderungen unserer Zeit, individualisiertes Lernen und Inklusion, Bewegungsmangel, Ganztag und Digitalisierung erfordern aber andere Räume als die herkömmlichen Klassenzimmer. Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die die Lernfreude und Kreativität unserer Kinder wecken und die positive Wechselwirkung von Architektur, Organisation und Pädagogik nutzen. Denn der Raum ist bekanntlich „der dritte Pädagoge“. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Sanierung und beim Neubau von Kitas und Schulen besser zu unterstützen. Wir wollen die Kita- und Schulbaurichtlinie modernisieren, ein zeitgemäßes Musterraumkonzept entwickeln und eine kompetente Beratung für Kita- und Schulträger anbieten. Dabei stehen gesundheitliche, ökologische und pädagogische Aspekte im Mittelpunkt.

# 2.3 IDEENSCHMIEDE UND ZUKUNFTSLABOR: WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULE

Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen. Unsere Hochschulen und hochschulnahen Institute, ihre Wissenschaftler*innen und Studierenden setzen Impulse und geben Antworten auf die Fragen unserer Zukunft, ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten Miteinander.

**Dennoch liegt Brandenburg bundesweit auf einem der hinteren Plätze in der Hochschulfinanzierung. Das wollen wir ändern und die Grundmittel der Hochschulen aufstocken.**

Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren, wollen wir abschaffen. Jene, die zwischen 2001 und 2008 verfassungswidrig erhoben wurden, muss das Land endlich zurückzahlen. Wir wollen das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Hochschule einführen und den Gesundheitscampus Brandenburg weiter vorantreiben. Sofern es die Mittel vom Bund dafür gibt, wollen wir ein staatliches Medizin- und Pharmaziestudium in Brandenburg etablieren. Wir brauchen mehr und gut ausgebildete Lehrkräfte. Deshalb wollen wir auch in Cottbus ein Lehramtsstudium einführen. Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, besonders in der Besetzung von Professuren. Das wollen wir durch verbindlichere Regelungen ändern. Für Fälle von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, fordern wir weisungsfreie Beauftragte. Gemeinsam mit den Hochschulstädten und Studentenwerken wollen wir mit verstärktem Neubau gegen die studentische Wohnungsnot vorgehen.



## Projekt: RAUS AUS DEM PREKARIAT: VON DER WISSENSCHAFT LEBEN KÖNNEN

Brandenburg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen. Doch Prekarisierung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Vor allem junge Wissenschaftler*innen sind befristet angestellt und befinden sich dadurch oft in starken Abhängigkeitsverhältnissen.

**Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gute, existenzsichernde Arbeitsplätze anbieten.**

Länger laufende Verträge sollen eine planbare Karriere in der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir unterstützen die Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte, um ihnen angemessene Arbeitskonditionen zu sichern.

# 2.4 CHANCEN FÜR ALLE: FAIRE ARBEIT

Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Allerdings sind viele Arbeitsplätze in Brandenburg heute befristet, Minijobs oder unsichere Leiharbeit. Wir wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht – sozialverträgliche Beschäftigung und faire Entlohnung gehören für uns zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens. Errungenschaften wie der Mindestlohn dürfen nicht aufgeweicht werden; prekäre Entlohnung im öffentlichen Auftrag darf es nicht geben.
Wir setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Ende der Lohndiskriminierung von Frauen und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. „Typische Frauenberufe", beispielsweise in der Pflege, müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden.

Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden. Menschen mit Behinderungen wollen wir bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und dazu Modellprojekte initiieren. Mit 5,8 Prozent (4/19) ist die Arbeitslosenzahl in Brandenburg heute zwar so niedrig wie noch nie seit 1991, immer noch sind aber etwa 80.000 Menschen ohne Arbeit. Für sie fordern wir bessere Qualifizierungsmaßnahmen. Außerdem wollen wir ein Ende der Sanktionen gegenüber ALG-II-Bezieher*innen, denn diese sind wirkungslos und diskriminierend. Statt Androhung und Strafe fördern wir Motivation und gute Beratung. Besonderes Augenmerk legen wir auf die schwierige Lage der Langzeitarbeitslosen und wollen sie mit Arbeitsmarktprogrammen unterstützen.



## Projekt: ÖFFENTLICHE VERWALTUNG ZUM VORBILD FÜR „GUTE ARBEIT" MACHEN

Wir wollen den öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit" machen und die Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen genauso wie die Bürger*innen. Wir planen eine Ausbildungsoffensive und eine finanzielle Besserstellung der unteren Einkommensgruppen, besonders in der Justiz.

**Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.**

Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine Fünfzig-Prozent-Quote ein, insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen.

Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb wollen wir das Gesundheitsmanagement verbessern; jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der Arbeitgeber*innen einseitig auf die Beschäftigten.

**Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden.**

Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der Tarifbindung unterworfen werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbildet.

# 2.5 GUT UND GESUND LEBEN: GESUNDHEIT

Ziel unserer Gesundheitspolitik in Brandenburg ist, Gesundheitsschutz und -vorsorge zu verstärken, Krankheit zu vermeiden und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Ein urgrünes Herzensanliegen ist die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Deswegen werden wir im Bund weiter Druck für eine Bürger*innenversicherung machen, um die Lasten von Krankheit endlich solidarisch gerecht zu verteilen. Der Vielfalt der Menschen in unserem Land wollen wir mit zielgruppengerechten Beratungseinrichtungen und Präventionsangeboten begegnen. Weil Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger erkranken, wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst mit pädiatrischen Angeboten stärken und Kinder von Anfang an gezielt fördern. Dazu gehört für uns auch gesunde Ernährung in Kitas und Schulen. Die flächendeckende Notfallversorgung wollen wir sichern und außerdem gemeinsam mit Apotheker*innen daran arbeiten, dass Apotheken auch in der Fläche gut erreichbar bleiben. Damit eine freie Arzt- oder Therapeut*innenwahl für Menschen mit Beeinträchtigungen gewährleistet ist, wollen wir auf Bundesebene für Förderprogramme streiten, die die barrierefreie Zugänglichkeit von Praxen und Apotheken unterstützen. Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Krankschreibungen in Brandenburg. Grund genug für uns, ambulante gemeindenahe Angebote auszubauen, Nachsorgeangebote aufzubauen und Kriseneinrichtungen zu stärken.



## Projekt: MEDIZINISCHE VERSORGUNG MODERN DENKEN

Eine zuverlässige, hochwertige und gut erreichbare medizinische Versorgung ist eine der zentralen Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung der Zukunft. Sie zu gestalten bedeutet für uns, den Blick auf alle beteiligten Gesundheitsberufe zu richten. Wenn geburtshilfliche Abteilungen wegen Hebammenmangels schließen müssen und Pflegebedürftige keinen ambulanten Pflegedienst mehr finden, dann wird klar, dass medizinische Versorgung mehr ist als Mediziner*innenausbildung.

**Junge Menschen, die hier im Land in der Gesundheitsversorgung arbeiten wollen, brauchen neben einer konkurrenzfähigen Bezahlung vor allem auch attraktive Arbeitsplätze mit einer neuen Kultur der Zusammenarbeit.**

Beschäftigte in Gesundheitsberufen möchten nicht mehr in einem durch Status und starre Hierarchien geprägten System arbeiten. Wir wollen Versorgung so denken, dass alle Gesundheitsberufe eng zusammenarbeiten und dies wissenschaftlich begleiten lassen. Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz mindert den Fachkräftemangel erheblich und ist ein Standortvorteil.

Wir wollen vorhandene Ressourcen effizient nutzen. Dies gilt sowohl für die Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten als auch für eine gemeinsam abgestimmte Krankenhausplanung mit dem Land Berlin. Diese wollen wir auf Augenhöhe weiterführen. Bei der Ausbildung von medizinischen Fachkräften schätzen wir den Beitrag des Gesundheitscampus ebenso wie die Kooperation mit der Charité. Wir möchten zukünftig noch mehr angehenden Mediziner*innen die Möglichkeit geben, ihre Ausbildung in den Brandenburger Lehrkrankenhäusern abzuschließen.

Sofern es Mittel vom Bund dafür gibt, stehen wir der Gründung einer staatlichen medizinischen Fakultät offen gegenüber. Dies könnte ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz sein.

# 2.6 WÜRDEVOLL ALT WERDEN: PFLEGE

Ziel grüner Politik ist es, die Gesundheit und Selbstständigkeit älterer Menschen möglichst lange zu erhalten. Für ein gutes Leben im hohen Alter brauchen Menschen ein passendes Wohnumfeld und die schnelle, barrierefreie Erreichbarkeit von Arztpraxis, Apotheke, Bank, Geschäften sowie sozialen und kulturellen Angeboten. Pflegebedürftige sollen selbst entscheiden können, wo sie leben und wie sie gepflegt werden wollen. Denn Altern ist vielfältig und bunt geworden, die Zielgruppen vielschichtiger. Menschen mit einer Demenz, unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen, verschiedenen sexuellen Identitäten – all diese Konstellationen und Bedürfnisse müssen auch im Alter berücksichtigt werden. Zeitgemäße Pflege besteht für uns aus ambulanten Pflegeangeboten und zukunftsweisenden Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder solidarischen Nachbarschaften. Wer im Heim lebt, soll mehr Mitspracherecht bei der Alltagsgestaltung erhalten. Das bestehende Prüfsystem ambulanter Pflegedienste wollen wir weiterentwickeln, denn die Verdachtsfälle von Abrechnungsbetrug sorgen für viel Verunsicherung. Auf Bundesebene streiten wir für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung, die Einführung einer Pflegezeit analog zur Elternzeit und eine Dynamisierung der Pflegeversicherungsleistungen. Zu guter Pflege gehört es auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde zu ermöglichen. Wir wollen hospizliche Leistungen in stationären Pflegeeinrichtungen über die bestehenden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hinaus ausbauen.



## Projekt: GUTE PFLEGE IM WOHNUMFELD

Im Land Brandenburg leben 112.000 pflegebedürftige Menschen. Ihre Zahl wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

**Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. Wir wollen die Angebote dafür stärken und die Bildung eines pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen.**

Die Arbeit der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ (FAPIQ) wollen wir durch eine dauerhafte Förderung aus Landesmitteln verstetigen. Sie unterstützt Kommunen und Bürger*innen beim Aufbau pflegefreundlicher Bedingungen vor Ort, in Dörfern, Städten und Gemeinden. Die Arbeitsbelastung in der Pflege verdichtet sich mehr und mehr und es wird immer schwieriger, Pflegepersonal zu gewinnen. Wir wollen auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Innovative Personaleinsatz- und Personalentwicklungskonzepte“ prüfen, welche Möglichkeiten das Land bei der Umsetzung von familienfreundlicherer Arbeitsorganisation und größerer Zeitsouveränität für Pflegekräfte hat. Für den Fall, dass sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, werden wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen. Pflege als Berufsfeld muss attraktiver werden. Die Ausbildung an den Pflegefachschulen muss kostenfrei sein. Wie in den dualen Ausbildungsberufen auch, müssen junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten. Außerdem wollen wir flexible Ausbildungsangebote schaffen, um Pflegehelfer*innen zu Fachkräften weiterzuqualifizieren.

# 2.7 WILLKOMMEN BEI UNS: INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN

Wir setzen uns für eine Integrationspolitik ein, in der der einzelne Mensch zählt. Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt – dafür müssen geflüchtete Menschen schnell und ausreichend Deutsch lernen. Sprachlernangebote und Arbeitsmarktprogramme wollen wir deutlich ausbauen und flexibilisieren. Die Gesundheitsversorgung Geflüchteter, vor allem die psychotherapeutische, wollen wir sicherstellen. Die Behandlungsstelle für traumatisierte Geflüchtete in Fürstenwalde soll erhalten und finanziell besser ausgestattet werden. Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein voller Erfolg, für die flächendeckende Einführung in allen Kreisen werden wir streiten. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und lehnen die zunehmende Verschärfung der Flüchtlingspolitik auf europäischer und Bundesebene ab. Im Land Brandenburg kämpfen wir für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien halten wir weiterhin für nicht verantwortbar, denn die Sicherheitslage in beiden Ländern ist anhaltend prekär, weite Teile der Länder sind heftig umkämpft. Wir haben 2016 im Landtag ein Aufnahmeprogramm für von der IS-Terrormiliz verfolgte Jesidinnen und ihren Kindern initiiert und unterstützen dessen Umsetzung. Im Rahmen der „Seebrücke“ wollen auch Brandenburger Kommunen „sichere Häfen“ zur Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Seenot werden. Wir unterstützen diese Initiative.



## Projekt: INTEGRATION VORANBRINGEN: MEHR RESSOURCEN FÜR DIE KOMMUNEN

**Erfolgreiche Integration braucht viele Eltern und ist eine facettenreiche, anspruchsvolle Aufgabe. Deswegen werden wir die Kommunen bei der Integration von Geflüchteten mit mehr Migrationssozialarbeiter*innen unterstützen.**

Dadurch wollen wir die Quartiersarbeit stärken und sicherstellen, dass Geflüchtete in den ersten Monaten von Ausbildung und Angestelltenverhältnis professionell begleitet werden. Das Sprachförderprogramm für Geflüchtete werden wir flexibler gestalten, damit der Besuch von Deutschkursen auch in den Abendstunden und am Wochenende möglich wird. Kitas, Schulen und Ausbildungsbetriebe wollen wir finanziell und personell unterstützen, z.B. mit Lerntherapeut*innen und Qualifizierungsangeboten für Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. Maßnahmen, die für allein reisende, minderjährige Kinder- und Jugendliche entwickelt wurden, sollen angelehnt an die Altersvorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bis zum Alter von 27 Jahren bedarfsgerecht für alle Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Für die Stärkung ehrenamtlicher Initiativen sowie gemeinnütziger Träger der Alltags- und Freizeitkultur, die mit Geflüchteten arbeiten, wollen wir die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen einführen.

# 2.8 DAS, WAS DAS LEBEN BEREICHERT: KULTUR

Kultur liefert unserer Gesellschaft wichtige Impulse. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle. Grüne Kulturpolitik fördert nicht nur die etablierte Kultur wie Theater, Orchester und große Museen, sondern auch viele Formen der Kleinkunst und Subkultur. Auf die gut dreißig freien Theater im Land kommen ein Drittel aller Theaterbesuche, aber nur vier Prozent der Förderung. Uns ist es gelungen, diese Förderung seit 2017 deutlich zu verbessern. Das wollen wir fortsetzen und zudem Gelder für gesellschaftlich aktive Vereine, die Theateraufführungen in ihrem Ort zeigen wollen, und für die Kulturarbeit mit Geflüchteten bereitstellen.

**Auch die Jugendkultur wollen wir weiter stärken, indem wir Clubs in ländlichen Räumen erhalten und das Kulturangebot aufwerten. Für non-kommerzielle Projekte müssen Land und Kommunen ausreichend Räume und Anleitung zur Verfügung stellen. Für die freie Kunst- und Kreativszene wollen wir erreichen, dass öffentliche Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare zahlen.**



Wirtschaftsförderprogramme müssen so angepasst werden, dass sie für Kulturschaffende nutzbar sind. Die Zuschüsse für die Sprach- und Kulturförderung für die sorbische/wendische Minderheit in der Lausitz, die zum kulturellen Reichtum unseres Landes beiträgt, wollen wir deutlich aufstocken. Wir haben außerdem einen Denkmalfonds initiiert, um historisch herausragende Gebäude schnell notzusichern.

## Projekt: LEBENDIGE ERINNERUNGSKULTUR FÜR BRANDENBURG

Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens „Glanz und Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiterentwickeln und die Zahl der an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler*innen sollen in ihrer Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen, wollen wir die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.

**Wir wollen auch an Orte rassistischer, fremdenfeindlicher Verbrechen sowie an Orte bürgerschaftlichen Engagements nach 1990 erinnern, zum Beispiel an den erfolgreichen Kampf der Bürgerinitiative „FREIe HEIDe" für eine friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.**

## Projekt:
## VON ANFANG AN UND LEBENSLANG – KULTURELLE BILDUNG FÜR ALLE

Unter kultureller Bildung verstehen wir den Lern- und Auseinandersetzungsprozess des Menschen mit sich, seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste. Sie trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Teilhabe bei. Daher wollen wir kulturelle Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen und das Angebotsnetz für Schulen stärken. Wir wollen das Programm „Klasse Musik“ fortführen, das Programm „Klasse Kunst“ ausbauen und die bestehenden Fördermöglichkeiten zur Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Schulen und Anbietern der kulturellen Bildung ausweiten. Zudem möchten wir Träger bei der Realisierung von ausbildungs- und studienvorbereitenden Angeboten künstlerisch-kreativer Sparten besser unterstützen und einen Jugendkulturpreis des Landes Brandenburg etablieren. In der kulturellen Bildung spielen die Musik- und Kunstschulen eine entscheidende Rolle. Wir wollen eine Strategie für mehr Musik- und Kunstschulen im ländlichen Raum auflegen und eine bessere Ausstattung ermöglichen. Weiterhin setzen wir uns für eine angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften ein. Für die Entwicklung des ländlichen Raums setzen wir verstärkt auf mobile Bildungsprojekte, Maßnahmen der Soziokultur und die Gründung von „Kinder- und Jugendmuseen“.

## 2.9 GEMEINSAM FIT BLEIBEN: SPORT

Sport hält nicht nur den Körper, sondern auch den Geist fit. Er bringt Menschen in Bewegung, schafft soziale Kontakte und fördert Integration und bürgerschaftliches Engagement: nirgendwo sonst wird so viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Unser Ziel ist es, sowohl den Breiten- als auch den Spitzensport zu fördern und ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen beiden zu erreichen. Dafür wollen wir die Sportförderung komplett evaluieren. Die Fördermittel des Landessportbunds sollen künftig verstärkt den vielen kleinen Vereinen zufließen, die bisher kaum davon profitiert haben – ohne dass dabei die Infrastruktur für Spitzensport, Olympiastützpunkte und Sportschulen auf der Strecke bleibt. Sportliche Initiativen für Frauen und Mädchen, Inklusion, die Integration von Geflüchteten und Aktivitäten gegen Homo- und Trans*phobie wollen wir besonders unterstützen. Zudem werden wir dafür Sorge tragen, dass unsere Sportvereine und Fußballclubs nicht von rechts unterwandert werden. Aus unserer Sicht ist es fatal, dass mindestens jede*r zweite Grundschüler*in in Brandenburg nicht richtig schwimmen kann und die Zahl der tödlichen Badeunfälle steigt. Wir wollen die Kommunen beim Erhalt der Frei- und Hallenbäder unterstützen, um den Schwimmunterricht zu sichern. Im Schulsport und im Ganztagsschulmodell verstärken wir die Kooperationen mit Sportvereinen, denn Sport ist aus unserer Sicht auch präventive Sozialarbeit: Selbstvertrauen und Teamgeist sind Werte, die Kinder bei sportlichen Aktivitäten erlernen und vertiefen können.

# 3. WELTOFFEN

## INNOVATIV, MODERN UND VIELFÄLTIG – FÜR EIN WELTOFFENES BRANDENBURG

**Unsere Wurzeln in der Bürgerrechtsbewegung bestimmen unseren Blick auf das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, das für uns von Freiheit und Verantwortung, Toleranz und Selbstbestimmung geprägt ist.**

Teilhabe an Infrastruktur, Verwaltung und gesellschaftlicher Willensbildung darf nicht vom Wohnort abhängen. Die ländlichen Räume bringen wir in die Landespolitik. Basta-Ansagen von oben stellen wir unseren Ansatz der breiten Beteiligung entgegen, die den einzelnen Menschen ernst nimmt. Wir stehen für eine politische Kultur, in der mehr debattiert wird, in der politische Sachlichkeit herrscht und in der die Findung von Lösungen das Ziel ist. Wir wollen ein modernes Brandenburg, in dem die Verwaltung transparent für die Bürger*innen arbeitet und die Chancen der Digitalisierung im Sinne der Gesamtgesellschaft genutzt werden. Maßnahmen der Exekutive wollen wir auf konkrete Verdächtige beschränken, statt einer anlasslosen Massenüberwachung aller Bürger*innen Tür und Tor zu öffnen.

Wir haben eine klare pro-europäische, weltoffene und humanistische Grundeinstellung.



**Zu unserem wertegeleiteten Menschenbild gehört, dass wir vorwärts in eine Zukunft wollen, in der jeder Mensch nach seiner Fasson glücklich werden kann.**

Dem Frauen- und Familienbild der westdeutschen Adenauer-Zeit stellen wir unseren Ansatz von Gleichberechtigung und Emanzipation entgegen. Homo- und Trans*phobie, Rassismus und Sexismus trotzen wir mit unserem universellen Humanismus und den allgemeinen Menschenrechten. Statt auf die Geflüchteten zu zeigen, wollen wir die Fluchtursachen bekämpfen, auch bei uns vor Ort. Wir setzen auf Brücken statt auf Mauern. Statt den Rückzug in eingemauerte Nationalstaaten anzutreten, streben wir nach dem Zusammenwachsen eines solidarischen, friedlichen und weltoffenen Europas.

## 3.1 SEHNSUCHT UND ZUKUNFT: LÄNDLICHE RÄUME

Landlust statt Landfrust! Unsere ländlichen Räume werden gerade von der Regierungspolitik häufig einseitig mit Schlagworten wie Abwanderung, Verlust, Alterung verbunden. Dabei ziehen immer mehr Menschen aus Großstädten wie Berlin bewusst aufs Land, engagieren sich immer mehr Dorfbewohner*innen für ihre Region. Diesen Trend muss die Landespolitik unterstützen. Wir wollen die Ergebnisse der von uns angestoßenen Enquetekommission „Zukunft der ländlichen Räume vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ nutzen. Das zuständige Ministerium (MLUL) muss den Schwerpunkt ländliche Räume auch tatsächlich mit Leben erfüllen. Es braucht außerdem endlich eine landesplanerische Strategie für den ländlichen Raum.

# WELTOFFEN

Wir unterstützen die Brandenburger Dorfbewegung und engagieren uns für ein neues Landesförderprogramm für Dorfentwicklungskonzepte der sogenannten zweiten Generation – mit Fokus auf der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Je kleiner die Gemeinde, desto größer bisher die Unzufriedenheit mit ÖPNV und digitaler Infrastruktur. Wir fordern mehr Geld für den ÖPNV, überregionale Buslinien und das Ende der Stilllegungen von Bahnhalten, außerdem den Ausbau flexibler Verkehrsangebote wie Rufbusse und Carsharing. Dem geringen Engagement von Landespolitik und den großen Anbietern für eine bessere Internetanbindung wollen wir durch die Möglichkeit zum Aufbau einer eigenen kommunalen Leitungsinfrastruktur begegnen. Wir fordern „kurze Wege für kurze Beine“ und wollen Kitas und Schulen im Dorf möglichst erhalten.

## Projekt:
## UNSERE DÖRFER BEWAHREN: BAHNHÖFE UND ORTSBILDPRÄGENDE GEBÄUDE VOR DEM VERFALL RETTEN

Die Denkmäler in Brandenburg schaffen Identität und einen kulturellen Wert, ihr Erhalt sorgt für Arbeitsplätze in Handwerk und Tourismus auch in den ländlichen Räumen. Da der Denkmalhilfefonds zur Sicherung von gefährdeten Denkmalen und zur Anschubfinanzierung von wichtigen Bauarbeiten nicht reicht, wollen wir ihn auf zwei Millionen Euro erweitern. Wir wollen die Unterstützung eines Landesdenkmalpflegevereins mit beratenden Funktionen für private und öffentliche Bauherren prüfen. Insbesondere gefährdete und ortsbildprägende Gebäude in Dörfern und Kleinstädten, wie z.B. Bahnhöfe, alte Schulen oder Gutshäuser wollen wir sichern und so den Verfall stoppen. Dafür soll es einen landesweiten Katalog geben, mit dem die Gemeinden diese Gebäude vermitteln können. Dieser soll über den Sanierungsstand, die Baunutz- und die Grundstücksfläche sowie über die Geschichte und architektonische Eigenschaften Auskunft geben. Ehrenamtliche Vereine und Initiativen brauchen mehr Unterstützung, Nutzungskonzepte wie die Einrichtung von Dorfläden, Gemeindezentren, Museen oder Kultureinrichtungen wollen wir fördern. Das Personal der Denkmalschutzbehörden wollen wir aufstocken, damit private Eigentümer*innen, Vereine und Investor*innen eine gute Beratung erhalten und ihre Anträge in kürzeren Fristen bearbeitet werden können. Die Neunutzung zum Wohnen oder als Werkstätten, Ateliers oder Seminarhäuser mit Beherbergung wollen wir erleichtern und die Bauordnung entsprechend anpassen. Konflikte zwischen etappenweisem Umbau und Beantragung des Gesamtprojekts, zwischen Denkmalschutz und geplanter Nutzung sowie zwischen Vorschriften für Neu- und Umbau wollen wir pragmatisch lösen. Dafür wollen wir auf Landesebene zwei Stellen für einen „Initiatoren-Lotsendienst“ schaffen, welcher gemeinsam mit den lokalen Bauämtern und den Antragstellenden nach Lösungen sucht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass analog zum Naturschutz auch im Denkmalschutz ein Verbandsklagerecht im Gesetz verankert wird.



## Projekt:
## ES LEBE DAS DORF!

Dörfer finden in der Kommunal- und Landespolitik kaum Gehör und haben nur wenige Einflussmöglichkeiten. Das liegt vor allem an der letzten Gemeindegebietsreform, bei der viele Dörfer zu größeren Gemeinden zusammengelegt oder gleich in mehr oder weniger große Städte eingegliedert wurden. Dieser Prozess halbierte die landesweite Zahl von in den Gemeindevertretungen aktiven Menschen von 12.000 auf nur noch rund 6.000. Wir wollen die Reform nicht zurücknehmen, aber die Mitbestimmung der Dörfer deutlich verbessern. Dazu gehört für uns, dass die Dörfer durch Ortsteilbudgets mehr finanzielle Eigenverantwortung erhalten. Für Entscheidungen der Gemeindevertretung, die den Ortsteil betreffen, wollen wir in der Kommunalverfassung ein aufschiebendes Vetorecht der Ortsbeiräte festschreiben. Der Ortsbeirat wäre dann in der folgenden Gemeindevertretung anzuhören und die Entscheidung kann anschließend überdacht werden. Auch Bürgerbegehren wollen wir auf Ortsteilebene zulassen, wenn das Begehren lediglich den Ortsteil betrifft. Um die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der Dörfer zu stärken, wollen wir ein sogenanntes „Parlament der Dörfer“ im Sinne der Vorschläge der brandenburgischen und europäischen Dorfbewegung ins Leben rufen, bei dem sich u.a. die Landespolitik jährlich den Gedanken, Fragen und Anmerkungen aus den Dörfern stellen muss.

# 3.2 ES KÖNNTE SO EINFACH SEIN: DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung bietet große Chancen in allen Lebensbereichen, um Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Arbeitsplätze in ländliche Räume zu bringen. Die gleichberechtigte Teilhabe am leistungsfähigen Internet betrachten wir als ein Grundrecht für alle. Datenschutz sehen wir als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft an und werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken. Bislang sind etwa Geldbußen gegenüber öffentlichen Stellen ausgeschlossen – das wollen wir ändern! Die Stellung der Landesbeauftragten für den Datenschutz werden wir erheblich stärken. Der verdachtsunabhängigen Massenüberwachung durch Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen.

**Wir möchten E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürger*innenfreundlichkeit und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen.**



Denn die Digitalisierung von Behördendienstleistungen kann im Flächenland Brandenburg Zeit, Geld und Stress für Bürger*innen und Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden. Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen und muss nun endlich stärkeres Engagement zeigen.

## Projekt: BREITBANDAUSBAU IM GANZEN LAND VORANBRINGEN

Ein Zugang zu schnellem Internet ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbits in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jede einzelne Maßnahme muss anhand dieses Ziels bewertet werden. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, den zügigen Ausbau der Netze zu organisieren, wollen wir ein regelmäßiges Monitoring der Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen in einem Kompetenzzentrum. Musterausschreibungen können sehr effektiv zu einer flächendeckend hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, soll das Land ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen, die zwingend an das Kriterium des Ausbaus von Gigabit-Infrastrukturen zu knüpfen sind.

**Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur.**

So könnten insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von Bürger*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies WLAN anbieten. Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei wichtigen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, einbeziehen.

# 3.3 KEIN WIDERSPRUCH: FREIHEIT UND SICHERHEIT

**Wir verstehen uns als Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir sorgfältig nach den Kriterien Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit.**

Brandenburg kann beides: Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein! Wir lehnen Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und Online-Durchsuchung ab, weil sie tiefgreifende Eingriffe in das Privatleben darstellen. Einen vorbeugenden Einsatz der elektronischen Fußfessel kritisieren wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig, zumal sie erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Gleiches gilt aus unserer Sicht für die Sammlung und Auswertung von Massendaten und für Videoüberwachung. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen Radikalisierung. Diese wollen wir beispielsweise in Schulen, Gemeinden, der Sozialarbeit und Gefängnissen stärker fördern. Hass, Hetze und Mobbing im Netz müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden; außerdem braucht es einfachere Wege, illegale Inhalte zu melden und anzuzeigen. Den Rechtsstaat möchten wir reaktionsschnell machen und angemessene Verfahrensdauern erreichen. Statt auf Gefängniskarrieren setzen wir im Justizvollzug auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die Feuerwehren wollen wir mit besseren Ausbildungs- und Schulungsangeboten, einem tragfähigen Finanzierungskonzept und einem Prämiensystem für Freiwillige fit für die Zukunft machen.

## Projekt: BÜRGERNAHE POLIZEI MIT MEHR PERSONAL UND GUTER AUSSTATTUNG

Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr Polizist*innen in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen der Bürger*innen sind. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken und das Gesundheitsmanagement ausweiten, um den Krankenstand zu senken. Beamt*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten wollen, sollen dies tun dürfen. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten. Um mehr Transparenz herzustellen und das Vertrauen und Ansehen der Polizei zu stärken, streben wir die Schaffung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen und beim Landtag angesiedelt sein. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab. Dazu gehören Militarisierung der Polizei, z.B. mit Handgranaten, elektronische Fußfesseln für nicht gerichtlich Verurteilte, Staatstrojaner oder Ausweitung der Videoüberwachung.

**Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren, grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit überprüfen zu können.**

# 3.4 ALLE FÜR EINE, EINE FÜR ALLE: DEMOKRATIE

Demokratie bedeutet für uns mehr als Parlamentarismus. Wir setzen auf eine Mischung aus direkten, dialogischen und repräsentativen Beteiligungsformen. Aus der Opposition heraus konnten wir die Demokratie im Land in den letzten Jahren weiter stärken: Seit 2009 tagen die Landtagsausschüsse auf unseren Antrag hin öffentlich. Das Wahlalter wurde auf unsere Initiative hin auf 16 gesenkt. Wir haben die Hürden für Bürgerbegehren herabgesetzt und dafür gesorgt, Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung zu verankern. Trotzdem gibt es aus unserer Sicht noch viel zu tun. Wir wollen, dass alle Teile der Bevölkerung ausreichend im Parlament repräsentiert sind und sich am Gesetzgebungsverfahren beteiligen können.

Unser Parité-Gesetz fordert, dass die Landesliste zur Landtagswahl im Reißverschlussverfahren gleichmäßig mit Männern und Frauen besetzt wird. Wir wollen eine Debatte über die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen und dialogische Verfahren wie Bürgerhaushalte oder Einwohnerversammlungen fördern. Wir setzen uns weiterhin für eine umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht ein, orientiert an den Empfehlungen der von uns in der letzten Legislaturperiode angestoßenen Enquetekommission. Brandenburg lebt vom Ehrenamt – ob in Willkommensinitiativen, im Umweltschutz oder bei der Feuerwehr. Die Ehrenamtskarte wollen wir attraktiver und bekannter machen und den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im öffentlichen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen.



## Projekt: DIREKTE DEMOKRATIE UND MITBESTIMMUNG STÄRKEN

Die direkte Demokratie in Brandenburg hat es im Ländervergleich immer noch besonders schwer. Wir wollen die Themenausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -entscheiden eine Kampagnenkostenerstattung von 25 Cent je Stimme bewilligen. Termine von Abstimmungen und Wahlen wollen wir weitestgehend zusammenlegen. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtteilebene zulassen, wenn die Begehren sich lediglich auf diese beziehen.

Auch die parlamentarische Demokratie wollen wir für Bürger*innenbeteiligung öffnen. Dafür sollen auf einem Beteiligungsportal zentrale Gesetzesentwürfe der Regierung offen kommentiert werden können. Das zuständige Ministerium soll nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme abgeben, die auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und Bürgerpanels, Runden Tischen, World-Cafés u.a. sollen Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einbezogen und die Gesetzesentwürfe diskutiert und Vorschläge und Hinweise gesammelt werden. Ein*e Staatssekretär*in für Bürgerbeteiligung soll das Ganze verantworten und potenziell Interessierte aktiv auf laufende Beteiligungsverfahren hinweisen.

## Projekt: TRANSPARENZGESETZ EINFÜHREN, INFORMATIONEN ZUGÄNGLICH MACHEN

Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen, welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des „Amtsgeheimnisses“ wollen wir durch eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegenstehen. Dafür wollen wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, IFG, Verbraucherinformationsgesetz) zu einem Transparenzgesetz weiterentwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft), sollen in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Onlineplattform („Open-Data-Portal“) verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

# 3.5 BUNT STATT GRAULAND: KONSEQUENT GEGEN RECHTS

Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans*- und Biphobie sowie jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht durchgesetzt. Denn die aktuellen Zahlen sind alarmierend: 2017 wurde seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1.440 Personen die zweithöchste Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als „gewaltorientiert" und stellen ein großes Bedrohungspotenzial für alle hier lebenden Menschen und unser friedliches Zusammenleben dar. Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie Rechtsextremismus effektiv bekämpfen können. Die Analysekompetenz – auch beim Verfassungsschutz – muss durch gut ausgebildetes Fachpersonal verbessert werden, um entsprechende Gruppierungen, Vereine und Parteien auch als rechtsextremistisch identifizieren zu können. Die Mittel für Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich und dauerhaft aufstocken.



## Projekt: HERZ STATT HETZE – DEMOKRATIE UND WELTOFFENE GESELLSCHAFT STÄRKEN

Hass und Hetze im Netz und auf der Straße: Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und ihr Gedankengut nehmen in erschreckender Weise zu und werden hoffähig.

**Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen.**

Wir wollen unsere Demokratie im Widerstand gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme gewappnet sind. Der Verein „Zukunft Heimat" und Teile der AfD müssen dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz kritisch gegenüber und wollen einen grundlegenden Neustart. Aber solange es den Verfassungsschutz gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen und die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein. Mitglieder und ihre Mitarbeiter*innen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen. Das V-Leute-System lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich und dauerhaft aufstocken.

# 3.6 MODERN, EFFIZIENT, BÜRGER*INNENNAH: VERWALTUNG, FINANZEN, KOMMUNALES

Wir wollen die Verwaltung fit für den demografischen Wandel machen und modernisieren, denn das hat die Landespolitik bisher versäumt. Verwaltungshandeln muss schneller, kostengünstiger und transparenter werden. Das erreichen wir zum einen durch einen deutlichen Ausbau des E-Government, der Digitalisierung von Behördendienstleistungen. Wir wollen ein zentrales Open-Data-Portal einrichten, in dem alle nicht personenbezogenen oder als nicht vertraulich eingestuften Informationen öffentlich abrufbar sind. Zum anderen wollen wir eine wohnortnahe Verwaltung der kurzen Wege. Die Verwaltungsstrukturen im Land müssen langfristig so geordnet werden, dass die staatlichen Aufgaben auf allen Ebenen dauerhaft finanzierbar bleiben – ohne dass dabei die kulturelle Identität der kleineren Städte und Dörfer verloren geht. Zwangsfusionen von Gemeinden lehnen wir als unnötig ab, unterstützen aber freiwillige Zusammenschlüsse. Perspektivisch wollen wir die Ämter zu Verbandsgemeinden weiterentwickeln. Die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen wollen wir deutlich ausweiten, ebenso wie die Zusammenarbeit mit Berlin. Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich wachsenden Hauptstadtregion und sprudelnder Steuereinnahmen fordern wir dringend nötige Investitionen: mehr Geld für Qualitätsverbesserungen und den Einstieg in die Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung, für Bildung, Umwelt und Justiz. Auch in den ÖPNV und den Breitbandausbau muss deutlich mehr Geld fließen.



## Projekt: VERWALTUNG DIGITALISIEREN: E-GOVERNMENT, DATENSCHUTZ UND IT-SICHERHEIT

Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, spart Geld und vermeidet Stress für Bürger*innen und Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Onlinezugang zur Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden das „Once-Only-Prinzip“ erproben, sodass Bürger*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheitsstandards zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine „No-Spy-Klausel“ einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen Geheimdiensten und Ähnlichem zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.

Um der Abhängigkeit von einzelnen Firmen bei der Wartung und Weiterentwicklung von Software entgegenzuwirken und damit bei Problemen sofort eingegriffen werden kann, streben wir langfristig bei der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Wo es möglich ist, sollen auch Eigenentwicklungen in Kooperation mehrerer Behörden in Betracht gezogen und vom Land unterstützt werden. Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern, bei Kommunikation mit Bürger*innen und Wirtschaft muss dies angeboten werden.

## Projekt: NACHHALTIGE FINANZEN FÜR DAS LAND UND DIE KOMMUNEN

Schulden schränken die finanzielle Handlungsfähigkeit ein, da ein Teil der vorhandenen Mittel in der Zinszahlung gebunden wird. In guten Zeiten müssen deshalb Schulden getilgt werden, um die Handlungsfähigkeit der nachkommenden Generationen nicht über die Maßen einzuschränken. Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und Regeln aufstellen, nach denen die aufgelaufenen Schulden planmäßig abgebaut werden.

Auch ausbleibende Investitionen belasten zukünftige Generationen, wenn erst einmal der aufgelaufene Investitionsstau aus der Vergangenheit abgearbeitet werden muss. Im Moment zehrt das Land vom aufgebauten Vermögen, während der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt dramatisch gesunken ist. Wir wollen das Landesvermögen inventarisieren und den Werteverzehr transparent machen.

Um die kommunale Ebene ausreichend zu finanzieren, streben wir eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg an.

**Wir wollen uns stärker am Bedarf orientieren und soziale Aspekte wie zum Beispiel die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen wesentlich stärker berücksichtigen.**

Die investiven Schlüsselzuweisungen wollen wir auf hohem Niveau stabilisieren, damit auch finanzschwache Städte und Gemeinden Zukunftsinvestitionen tätigen können. Außerdem wollen wir die Kontrolle über die kommunalen Finanzen wieder dem Landesrechnungshof übertragen.

## 3.7 FRAUEN AN DIE SPITZE: GLEICHSTELLUNG

**Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist an vielen Stellen ein noch nicht eingelöstes Versprechen. Wir wollen gleiche Chancen für alle überall!**

Zwar steht Brandenburg in Sachen Gleichstellung in vielen Bereichen im Bundesvergleich ganz gut da, es gibt aber immer noch viele Baustellen. Wir wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen und mehr Männer in soziale Berufe und mehr Frauen in Technik und Naturwissenschaft holen – und fordern statt dem jetzigen „Zukunftstag“ wieder einen echten „Girls’ Day“ und analog dazu einen „Boys’ Day“. Es sind meist Frauen, die in Teilzeit, prekären Arbeitsverhältnissen oder mit der Pflege Angehöriger beschäftigt sind. Ihr Armutsrisiko steigt damit stark an – das gilt ganz besonders für Alleinerziehende. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, die Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Jobs, existenzsichernde Mindestlöhne, eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. Auf Landesebene wollen wir Möglichkeiten zur weiterführenden Unterstützung alleinerziehender Frauen prüfen.

# WELTOFFEN

Alle Kommunen mit mehr als 20.000 Menschen sollen volle, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bekommen. Die Lebenssituation und die Interessen von Frauen wollen wir durch Einbeziehung des Leitbildes der Geschlechtergerechtigkeit („Gender Mainstreaming“) auf allen Ebenen berücksichtigen, unter anderem auch bei der Aufstellung des Landeshaushalts („Gender Budgeting“).

## Projekt: DIE HÄLFTE DER MACHT DEN FRAUEN – PARITÄT IN PARLAMENTEN UND IN FÜHRUNGSPOSITIONEN

Wir fordern: die Hälfte der Macht den Frauen – in der Politik, in der Verwaltung, in der Wissenschaft und in der Wirtschaft. Damit haben wir innerhalb unserer Partei Erfahrung: Frauenquote, Doppelspitze und Frauenstatut gehören bei uns seit der Gründung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu. Mit der Einbringung unseres Parité-Gesetzes haben wir erreicht, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung, in allen gewählten Gremien der Politik Brandenburgs (Landtag, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen) vertreten sind.

Für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, das einen Frauenanteil von 50 Prozent für die Landes- und Kommunalverwaltungen und eine entsprechende Quote für Aufsichtsgremien und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes vorsieht, fordern wir klare zeitliche Zielvorgaben.

**Bei allen durch das Land geförderten Programmen in Wirtschaft und Kultur, z. B. Wirtschaftsförderung oder Medienboard Berlin-Brandenburg, wollen wir die Förderung an die Vorlage von Frauenförderplänen und an die gleiche Bezahlung für Frauen koppeln.**



## Projekt: ZUFLUCHT VOR UND HILFE GEGEN GEWALT FÜR FRAUEN UND KINDER

Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Die Dunkelziffer ist hoch, oft werden Frauen allein gelassen. Beim Schutz von Frauen und Kindern vor sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir deutlich mehr tun. Polizei und Justiz müssen umfassender geschult und weitergebildet werden als bisher. Wir setzen uns dafür ein, dass Opfer von Sexualstraftaten in allen Krankenhäusern die Möglichkeit erhalten, die Spuren sichern und anonymisiert verwahren zu lassen, ohne direkt Anzeige zu erstatten. Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den ländlichen Räumen erreichbar sein.

**Wir wollen alle Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen in Brandenburg erhalten**

und die Kommunen besser in die Lage versetzen, sie verlässlich zu finanzieren. Dazu gehört auch ein Konzept, wie die Kommunen die Frauenhäuser mit mehr Personal ausstatten können. Insbesondere wollen wir, dass mehr in die qualifizierte Betreuung der dort Zuflucht suchenden Kinder investiert wird. Wir setzen uns darüber hinaus für ein ausreichendes Angebot an Sprachmittlung und den kultursensiblen Umgang mit geflüchteten Frauen ein.
Die Koordinierungsstelle des Netzwerks brandenburgischen Frauenhäuser und Kampagnen wie „rosaROT“ unterstützen wir.

# 3.8 VIELFÄLTIG UND FREI LEBEN: SELBSTBESTIMMUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG

Unsere Gesellschaft ist im Wandel. Überall in Brandenburg begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, in der jede*r selbstbestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind. Das gilt zum einen für die Glaubensfreiheit, die in Brandenburg eine lange Tradition hat: Alle Menschen sollen „nach ihrer Fasson selig werden“ und müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben. Wir verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger und menschenverachtenden Fanatismus. Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht zu ermöglichen. Wir wollen die Vielfalt von Familien stärken, ganz egal ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder Vater-Vater-Kind. Dazu wollen wir Beratungsmöglichkeiten für LSBTTIQ* mit Kindern sowie für Eltern mit LSBTTIQ*-Kindern in allen Regionen Brandenburgs ausbauen, weiterentwickeln und stärker vernetzen. Für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung gilt: „Nicht ohne uns über uns“! Wir wollen die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in unserem Land konsequent umsetzen. In der Sucht- und Drogenpolitik stehen wir für die Legalisierung von Cannabis und fordern Gesundheit und Mündigkeit statt Repression und Angst.



## Projekt: DISKRIMINIERUNG BEENDEN, HOMO- UND TRANS*PHOBE GEWALT BEKÄMPFEN

Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*) frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Menschen, die wegen ihrer (vermuteten) sexuellen oder geschlechtlichen Identität Beleidigungen, Schmähungen oder sogar tätliche Übergriffe erleben, leiden häufig erheblich unter den physischen und psychischen Folgen. Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir daher stärken und landesweit ausbauen. Um Betroffenen den Kontakt zur Brandenburger Polizei und zur Staatsanwaltschaft zu erleichtern, wollen wir dort hauptamtliche Ansprechpersonen für die Belange der LSBTTIQ* schaffen.

Wir wollen die in Brandenburg eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) stärken. Diese soll mit mindestens einer bzw. einem hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten besetzt werden. In einem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) nach Berliner Vorbild wollen wir alle Fragen regeln, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, z.B. Diskriminierung im Bereich der Polizei und an den Schulen. Beratungs- und Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, wollen wir verlässlich und dauerhaft unterstützen.

Geflüchteten, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, wollen wir in Brandenburg ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von Asylsuchenden modifizieren. In bestehenden Unterkünften und in Notfall- bzw. Übergangswohnungen ist der Schutz für besonders Schutzbedürftige sicherzustellen.

## Projekt: INKLUSIVE GESELLSCHAFT – TEILHABE FÜR ALLE!

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Hindernissen und Vorurteilen sowie Diskriminierungen ist – eine Gesellschaft, an der alle teilhaben können, Menschen mit Behinderung genauso wie alle anderen auch. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen voranbringen: durch die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Fördermöglichkeiten und durch Bewusstseinsbildung. Das Thema Inklusion muss als Querschnittsaufgabe im Land Brandenburg sowie in den Kommunen verankert sein. Das Land soll durch Empfehlungen zur Sozialraumentwicklung die Kommunen unterstützen. Dabei geht es nicht nur um

den Abbau baulicher Barrieren, sondern auch um kommunikative und soziale Barrieren. Wir wollen Politik verständlicher für alle machen. Deshalb wollen wir bei öffentlichen Informationen sowie bei Anträgen und Formularen für Übersetzungen in leichte Sprache sorgen und Kommunen und Verbände dazu beraten. Das vom Land gezahlte Pflegegeld müssen alle Menschen erhalten, auch wenn sie in Heimen oder ähnlichen Einrichtungen leben. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr Alternativen zur Heimunterbringung gibt, zum Beispiel inklusive Wohnkonzepte. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch, selbst zu entscheiden, wie und wo man leben, arbeiten oder zur Schule gehen möchte. Wir möchten eine echte Teilhabe für alle Menschen ermöglichen und sehen daher großen Nachbesserungsbedarf beim Bundesteilhabegesetz und der Umsetzung in Brandenburg.

### Projekt:
### NEUE WEGE IN DER SUCHT- UND DROGENPOLITIK – CANNABIS LEGALISIEREN

Wir wollen eine grundlegende Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Entkriminalisierung und die Minimierung von Gesundheitsrisiken. Die Regulierung von Drogen soll sich an den tatsächlichen Risiken orientieren. Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und -konsum aus dem rechtsfreien Raum in die staatliche Kontrolle holen. Bisher beschert der Schwarzmarkt der organisierten Kriminalität hohe Gewinne, Streckmittel und unklarer Wirkstoffgehalt sind ein hohes Risiko für Konsumierende.

**Mit einem Cannabismodellprojekt wollen wir die legale Abgabe an volljährige Konsument*innen ermöglichen und dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben.**

Entsprechend der Berliner Rechtslage soll das Mitführen von bis zu 10 bzw. 15 Gramm Marihuana nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine generelle Streichung von Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz ein. Wir wollen eine umfassende Ausweitung und Verbesserung präventiver und therapeutischer Angebote an Kitas, Schulen und im Freizeitbereich durch mehr qualifiziertes Personal. Werbung für Drogen – somit auch Werbung für Alkohol und Tabak – wird von vielen Minderjährigen wahrgenommen und steuert der Prävention aktiv entgegen. Das Land Brandenburg soll sich daher für ein generelles Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung einsetzen. Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir Drugchecking, also die anonyme Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen und somit die Gesundheitsrisiken senken.

## 3.9 VEREINT UND SOLIDARISCH: PRO-EUROPA

Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte – für Europa und für Brandenburg. Nie zuvor in der Geschichte unseres Kontinents gab es eine vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Eine gute Zukunft für Brandenburg gibt es nur im Rahmen eines gemeinsamen Europas! In einem gemeinsamen Europa sehen wir die beste Möglichkeit, die großen Herausforderungen wie Klimakrise, Digitalisierung, Artensterben, soziale und ökonomische Ungleichheit in einem demokratischen und an Menschenrechten orientierten Wege anzugehen. Dafür müssen die Mittel der EU nachhaltig eingesetzt werden, insbesondere in der Agrar- und Energiewirtschaft. Die Vergangenheit hat schon oft gezeigt: Europa wächst auch und insbesondere von unten. Hier gibt es viele positive Entwicklungen: Menschen in den Grenzregionen wohnen immer öfter auf der jeweils anderen Seite. Täglich pendeln immer mehr Menschen von Polen nach Brandenburg und Berlin sowie in die Gegenrichtung. Pol*innen sind die mit Abstand häufigsten Ehepartner*innen in binationalen Ehen. Wir wollen, dass Brandenburg und Polen noch besser zusammenwachsen. Dafür wollen wir bessere grenzüberschreitende ÖPNV-Angebote, Städte- und Gemeindepartnerschaften und mehr Polnischunterricht an Brandenburger Schulen etablieren.

## Projekt:
## EUROPA VOR ORT ERFAHRBAR MACHEN

Wir stehen zu Europa. Wir wollen Europa für die Brandenburger*innen erfahrbar machen. Dafür wollen wir in allen Regionen, vorzugsweise in den kreisfreien Städten und in den Kreisstädten sowie in zentral gelegenen Ladenlokalen, Anlaufstellen, sogenannte „One-Stop-Shops", einrichten. Hier stehen kompetente Ansprechpartner*innen zur Verfügung, die auf alle Fragen rund um Europa eine Antwort geben können, egal ob es sich um Fördermöglichkeiten oder Erasmusprogramme handelt. Die „One-Stop-Shops" können auch die Funktion eines Willkommenscenters für EU-Bürger*innen erfüllen, die sich in Brandenburg niederlassen wollen und einen Arbeitsplatz suchen. Sie bieten Hilfe bei allen notwenigen Formalitäten: bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, bei der Vermittlung von Sprachkursen und Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder Rechtsfragen. Gleichzeitig wollen wir, dass die Brandenburger Kommunen in Brüssel besser vertreten sind. Deshalb wollen wir in der Landesvertretung in Brüssel eine Informations- und Kontaktstelle für die Kommunen einrichten, die u.a. einen Newsletter speziell für die Kommunen herausgibt, um sie über alle europapolitisch relevanten Fragen und Ausschreibungen zu informieren. Ebenso wollen wir die Arbeit des Europäischen Ausschusses der Regionen besser für die Belange der Brandenburger Kommunen nutzen. Die bestehenden EU-Austauschprogramme für Verwaltungsmitarbeiter*innen, wie z.B. „ERASMUS staff mobility", wollen wir konsequent ausbauen und erweitern, um sie für weitere Zielgruppen, zum Beispiel Kommunal- und Landespolitiker*innen, zu öffnen.

## 3.10 GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN: FÜR EINE FAIRE UND FRIEDLICHE WELT

Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Umgekehrt kann Brandenburg einen Beitrag dazu leisten, dass die Welt für möglichst alle Menschen friedlicher und fairer wird. Etwa, indem die öffentliche Hand nachhaltig und fair wirtschaftet. Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind wichtige Auftraggeber und können damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein. Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen, vergrößert die weltweite Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. Abkommen wie CETA, TTIP, JEFTA und TiSA lehnen wir daher im Bundesrat ab. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen. Mit einer Region, aus der viele Menschen emigrieren bzw. flüchten, möchten wir eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen – mit dem Ziel einer langfristigen Kooperation von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Wir wollen Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen. Alle Einsätze der Bundeswehr – national wie multinational – werden grundsätzlich vom Einsatzführungs-

kommando in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Brandenburg aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche Mandate mehr ausgehen.

## Projekt: MARKTMACHT DER ÖFFENTLICHEN HAND NUTZEN

Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen sind mit weit über drei Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr wichtige Auftraggeber. Damit kann die öffentliche Hand Vorreiterin einer nachhaltigen Entwicklung sein. Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht so gestalten, dass Arbeit gerecht bezahlt wird. Die Höhe des Mindestlohns darf sich nicht nur an der Tarifentwicklung orientieren, sondern muss es auch ermöglichen, von der Arbeit in Würde leben zu können. Wir begrüßen eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Wir richten unabhängige Ombudsstellen ein, die sowohl die Arbeitnehmer*innen als auch die Arbeitgeber*innen beraten, um Tricksereien beim Mindestlohn zurückzudrängen.

Bei öffentlichen Aufträgen sollen Nachhaltigkeitskriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Diese sollen nicht nur ökologische Standards, sondern auch Standards des fairen Handels und den Ausschluss von Produkten aus Kinderarbeit beinhalten. Im Rahmen einer Nullemissionsstrategie sollen nur noch möglichst klimaneutrale Produkte wie Strom aus erneuerbaren Energien, Busse und Dienstwagen mit E-Motor, Biogas- oder Wasserstoffantrieb erworben werden. Stehen solche Produkte noch nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung, sollen anteilig Ausgleichsmaßnahmen (z.B. MoorFutures, atmosfair) finanziert werden.

Auf den Prüfstand kommen auch die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel.

**Im Rahmen einer Divestment-Strategie wollen wir Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.**



## Projekt: BRANDENBURGS BEITRAG ZU FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Wir wollen die Förderung der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) beenden, da dort Militärausrüstung im großen Stil zur Schau gestellt wird. Das eingesparte Geld wollen wir zum Aufbau einer kleinen Friedensakademie wie in Rheinland-Pfalz nutzen.

**Dort wollen wir die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzen, Kurse für Friedensfachkräfte anbieten und anwendungs- und lösungsorientierte Friedensarbeit leisten.**

Dabei wollen wir auch Umweltkatastrophen und die Klimakrise als Konfliktursachen thematisieren.

Nach dem Vorbild einiger Bundesländer wollen wir in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft mit einer zu bestimmenden Region aufbauen. Etablierte Verbindungen und Vorleistungen wollen wir fortentwickeln und mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg, zusammenarbeiten. Ziele sind z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Müncheberg und des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung (DIfE) in Potsdam-Rehbrücke.

# INDEX


Alleinerziehende 39, 41, 75
Ältere Menschen 36, 37
Arbeitnehmer*innen 84
Arbeitslosigkeit 48
Arbeitsmarkt 48, 54
Armut 41
Artenvielfalt 10, 21
Ausbildung 42, 44, 58

Barrierefreiheit 64, 79
Bauen 35
Bäume 20
Behinderung, Menschen mit 78
BER 30
Beschäftigung 47, 75
Betreuungsschlüssel 41
bezahlbarer Wohnraum 36
Bienen 13
Bildung 42, 59
Bleiberecht 70
Braunkohle 7, 24, 26
Breitbandausbau 65
Bürger*innenbeteiligung 69
Bürger*innenversicherung 50
Busse 28, 62

Cannabis 79, 80
Carsharing 62
CETA 83

Datenschutz 64, 73
Demokratie 7, 68, 69, 71
Denkmalschutz 62
Dienstleistungen 31
Digitalisierung 63, 64, 69,72
Diskriminierung 48, 78, 79
Drogenpolitik 80

E-Government 69, 72
Ehrenamt 21, 62, 68
Elektromobilität 28
Energiepolitik 25
Ernährung 17, 18
Erneuerbare Energie 24, 29
Erzieher*innen 44, 55
Europa 61, 81, 82

Fachkräftemangel 51
Familie 23, 39, 40, 78
Finanzen 72, 74
Flughafen 30
Forschung 85
Frauenhäuser 77
Frauenquote 76
Frieden 85

Ganztagsschule 44
Gedenkstätten 57
Gefängnis 66
Geflüchtete 54, 61
Gemeinsames Lernen 42
Gender Budgeting 76
Gentechnik 14, 15
Geschlechtergerechtigkeit 76





Gesundheitspolitik 50
Glasfaserversorgung 65
Gleichstellung 49, 75
Globalisierung 83
Gründer*innen 31

Handwerk 45, 62
Hebammen 40, 46, 51
Hochschule 46, 83
Hochwasserschutz 22
Homo-, Trans*- und Biphobie 70

Industrie 27
Infrastruktur 63, 65
Inklusion 41, 44, 45,79
Innovationszentren 33
Integration 54, 59
Investitionen 35, 72, 74

Jugend 39, 40, 43, 68
Jugendhilfe 39, 55
Justiz 72, 77

Kinderarmut 40
Kinderbetreuung 73
Klimaschutz 10, 12, 18, 22, 26, 29, 84
Kohleausstieg 24, 26
Kreislaufwirtschaft 19
kulturelle Bildung 58
Kulturpolitik 56

Ländliche Räume 34, 61, 65,
Landwirtschaft 13, 15
Langzeitarbeitslosigkeit 48

Lärmschutz 30
LSBTTIQ* 78, 79

Massentierhaltung 7, 14
Medienbildung 43
Mehrgenerationenwohnen 35
Menschenrechte 61, 81
Mindestlohn 48, 84
Minijobs 48
Mitbestimmung 48, 63, 68, 72
Mobilität 28

Nachhaltigkeit 10, 13, 19,
Nachtflugverbot 30
Naturschutz 6, 20

Open Data 69, 72
Open Education 43
ÖPNV 28, 32, 62

Pestizide 13, 15
Pflege 48, 50, 52
Pflegeversicherung, 52
Polizei 67, 70, 79
Prävention 40, 50, 66, 80, 83

Qualifizierung 48, 55
Quote 49, 76

# INDEX


Radverkehr 28, 29
Rassismus 47, 61, 70
Rechtsextremismus 70
Rechtsstaat 67
Religion 78
Rente 38
Ressourcen (-schutz) 10, 13, 19

Sanierung 35, 62
S-Bahn 29
Schule 42, 44
Sozialpolitik 38,39, 48, 50,52
Spekulation 35
Sport 59
(klare) Spree 7, 22
Start-Ups 31
Studiengebühren 46
Studium Siehe Hochschule
Sulfat 20

Tagebau 23, 26
Tegel 30
Teilhabe 38, 41, 58, 60, 79
Tierschutz 13, 14
TiSA 83
Tourismus 22, 32
Transparenz 69, 73
TTIP 83

Umweltschutz 20
UN-Behindertenrechtskonvention 78

Verbandsklagerecht 14, 63
Verbraucherschutz 17
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 39, 48, 49, 67
Verfassungsschutz 71
Verkehr 7, 8, 28
Verwaltung 72, 76, 83
Videoüberwachung 66
V-Leute 71
Volkshochschulen 43

Wachstum 11, 31,
Wahlalter 68
Wald 20,
Wasser 20, 26
Weiterbildung 33, 49, 82
Windenergie 24, 25
Wirtschaftspolitik 31
Wissenschaft 46

Zivilgesellschaft 65
Zukunftsinvestitionen 74
Zweckentfremdung 35

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BRANDENBURG